

Die Französische Sicherheitspolitik nach der doppelten Null-Lösung

Sirjacques-Manfrass, Francoise

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sirjacques-Manfrass, F. (1988). *Die Französische Sicherheitspolitik nach der doppelten Null-Lösung*. (HSFK-Report, 8/1988). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96532-6>

Nutzungsbedingungen:

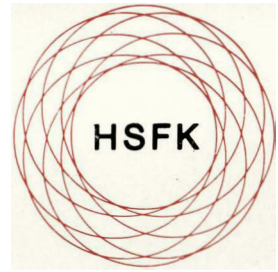
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



HESSISCHE STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

Francoise Sirjacques-Manfrass

**DIE FRANZÖSISCHE SICHERHEITSPOLITIK
NACH DER
DOPPELTEN NULL-LÖSUNG**

HSFK-Report 8/1988

BIBLIC

Frankfurt am Main

Françoise Sirjacques-Manfrass

**DIE FRANZÖSISCHE SICHERHEITSPOLITIK
NACH DER
DOPPELTEN NULL-LÖSUNG**

HSFK-Report 8/1988

Juli 1988

Adresse der Autorin:

Dr. Françoise Sirjacques-Manfrass
132^{bis}, rue Tahere
F-92210 Saint-Cloud
Tel.: 0033-1-49111376

Adresse des Herausgebers:

**Hessische Stiftung Friedens-
und Konfliktforschung (HSFK)**
Leimenrode 29
D-6000 Frankfurt/M. 1
Tel.: 069/550191

ISBN 3 – 926197 – 44 – 7

ZUSAMMENFASSUNG

Als Gestaltungsmittel der Außenpolitik hat die eigenständige Nuklearstreitmacht Frankreich zu einem Status verholfen, der weit über sein an der wirtschaftlichen Potenz gemessenes Gewicht hinausreicht. Wenngleich das Nuklearpotential von de Gaulle primär als außen- und bündnispolitisches Instrumentarium verwendet wurde, erhielt es nach und nach eine militärische Rückversicherungsfunktion, die allerdings die strategische Abschirmung des Vorfeldes von Frankreich durch die NATO voraussetzt.

Sowohl Frankreichs Führungsanspruch in der Europäischen Gemeinschaft als auch die Sicherung des französischen Vorfeldes setzen die Aufrechterhaltung des politischen und militärischen Status quo in Europa voraus.

Die hier vorgestellte Analyse der französischen Position kann wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Die Nachrüstungsdebatte hat eine Wende in der französischen Haltung zu bündnisinternen strategischen Diskussionen hervorgerufen und ein stärkeres Engagement Frankreichs in der Diskussion west-europäischer Sicherheitsproblematik eingeleitet.
2. Begrüßt wurde der NATO-Doppelbeschluß von französischer Seite, weil damit die Hoffnung verbunden war, Abkopplungstendenzen zwischen den USA und Europa entgegenzuwirken. Auch wurde mit dem Doppelbeschluß die Hoffnung verbunden, von europäischer Seite einen stärkeren Einfluß auf den sowjetisch-amerikanischen arms control-Dialog ausüben zu können. Nur die Gaullisten fürchteten, daß die geplante Nachrüstung keinen Beitrag zur Verstärkung der europäischen Sicherheit lieferte, sondern nur als "bargaining chip" in künftigen bilateralen Verhandlungen zwischen den Supermächten fungieren sollte.
3. Ebenso wichtig war aber für die französische Billigung des Doppelbeschlusses die Überlegung, etwaigen neutralistischen Tendenzen in der Bundesrepublik einen Riegel vorzuschieben.
4. Frankreich fürchtete - unter dem (falschen) Begriff einer "Entnuklearisierung Europas" - das Wegfallen der operativen Nuklearfähigkeit der NATO auf Frankreichs Vorfeld, die Bundesrepublik. Ebenfalls drohe durch die "Entnuklearisierung", daß Frankreichs Abschreckungskapazität zur Selbstabschreckung degeneriere und damit ihre "Rückversicherungsfunktion" im Falle eines Zusammenbruchs der NATO-Vorneverteidigung hinfällig werde.

5. Auch fürchtet man eine Verstärkung des Drucks auf die Einbeziehung des französischen (und britischen) Potentials in künftige Verhandlungen. Der französischen strategischen Doktrin zufolge sind die eigenen Nuklearwaffen ein mit den INF nicht vergleichbares Potential, da es sich um ein "zentrales" System mit strategischen Aufgaben handle. Auch die nun in "prästrategische" umbenannten taktisch-nuklearen Waffen stünden nicht zur Disposition.
6. In der reservierten französischen Haltung zur doppelten Null-Lösung kommt die Verquickung der Nuklearproblematik mit der "deutschen Frage" zum Vorschein. Nicht nur der Verlust des nuklear verteidigten Vorfelds, sondern überhaupt die Lockerung der Westbindung der Bundesrepublik wird als Konsequenz der Null-Lösungen gefürchtet. Denn eine weitgehende Erosion der amerikanischen Garantie (Abkoppelung) könnte die Bundesrepublik dazu veranlassen, eine "Zusatzversicherung" bei der Sowjetunion zu suchen. Überhaupt leisteten die Null-Lösungen dem "National-Neutralismus" Vorschub.
7. Eine verstärkte militär- und sicherheitspolitische Kooperation mit der Bundesrepublik soll das amerikanische Disengagement ausgleichen und die Verankerung der Bundesrepublik im Westen sichern.
8. Sicherheitspolitische Kooperation wird in Frankreich weniger in bezug auf Abrüstungsverhandlungen als in bezug auf die Gestaltung einer europäischen militärischen Zusammenarbeit verstanden. Wenngleich die WEU als Gestaltungsrahmen immer wieder und in deutlicher Präferenz zur EPZ genannt wird, gibt Frankreich bilateralen Kooperationsvorhaben den Vorrang, da diese die Unabhängigkeitsdoktrin weniger tangieren.
9. Wenngleich die "Achse Paris-Bonn" generell die Priorität genießt, kommt für die nukleare Zusammenarbeit - wie begrenzt diese auch sein mag - nur Großbritannien in Frage. Eine vorsichtig eingeleitete Annäherung könnte dennoch ihre Grenzen schon wieder im wachsenden Mißtrauen Londons gegenüber der deutsch-französischen militärischen Kooperation finden.
10. Die verteidigungspolitische Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik ist ebenfalls nicht unproblematisch. Die Probleme ergeben sich sowohl aus der unabhängigen Nuklearstrategie Frankreichs als auch aus seinem Sonderstatus im Bündnis:
 - Eine französische nukleare Garantie zugunsten der Bundesrepublik würde gegen die "Grundphilosophie" der französischen Nuklearstra-

ategie verstoßen. Es ist daher kaum denkbar, daß - in absehbarer Zeit - ein französischer Präsident und eine französische Regierung - selbst wenn sie es wollten - in der Lage wären, eine solche Garantie abzugeben.

Eine "Garantie" unterhalb der strategischen Ebene, d.h. ein sofortiges französisches Eingreifen in den Krieg mit taktisch-nuklearen Interventionsmitteln auf deutschem Boden bedeutete die Führung eines Nuklearkrieges in der Bundesrepublik.

- Auf konventioneller Ebene wäre die Kooperation viel unproblematischer - zumal die französische 1. Armee seit den Ailleret-Lemnitzer Abkommen als NATO-Reserve gilt. Doch wird auf absehbare Zeit der französische konventionelle Beitrag äußerst bescheiden bleiben. Daß nicht zuletzt aus finanziellen Gründen die taktisch-nuklearen Waffen immer mehr eine Lückenbüßerfunktion übernommen haben, um die konventionellen Defizite wettzumachen, erschwert darüber hinaus eine reine konventionelle Zusammenarbeit.

Die grundlegenden Unterschiede in der Kommandostruktur sowie in der Einsatzdoktrin zwischen der Strategie des Bündnisses und der französischen Strategie würden im Konfliktfall ein effizientes Zusammengehen zwischen der bündnisgebundenen Bundesrepublik und Frankreich vor schier unlösbare Probleme stellen.

11. Eine verteidigungspolitische deutsch-französische Kooperation kann nur unter der Prämisse der "gleichen Sicherheit" erfolgen. Dies setzt voraus:

- Einen Verzicht von französischer Seite auf Optionen der "taktischen" Nuklearkriegsführung.
- Einen Verzicht auf die eventuelle Stationierung französischer Nuklearwaffen auf deutschem Boden.

Einen Verzicht auf First-Use-Optionen, weil sie die der französischen Nuklearstrategie inhärente "Unberechenbarkeit" zum untragbaren Risiko für den Verbündeten werden ließe.

- Die Bereitschaft Frankreichs, sein taktisch-nukleares Interventionspotential in den Abrüstungsprozeß einzubringen.
- Den Willen Frankreichs, sein strategisches Arsenal im Falle substantieller Abrüstungsfortschritte der Supermächte in Abrüstungsverhandlungen einzubringen.
- Ein gemeinsames Eintreten beider Länder für die Beseitigung der B- und C-Waffen.

INHALT

	Seite
1. <u>Die Debatte um den NATO-Doppelbeschluß in Frankreich</u>	1
1.1 Die Positionen von Regierung und Parteien zum NATO-Doppelbeschluß	1
1.2 Die militärstrategische Einschätzung	3
1.3 Überlegungen im Zusammenhang mit dem "arms control"-Prozeß	3
1.4 Die politischen Einschätzungen	4
2. <u>Die Diskussion um die Null-Lösung(en)</u>	5
2.1 Die militärstrategischen Vorbehalte	7
2.2 Die Vorbehalte vor dem Hintergrund des Status Frankreichs als Nuklearmacht	9
2.3 Die Null-Lösung(en) und die Deutsche Frage	10
3. <u>Perspektiven der französischen Politik als Reaktion auf die Null-Lösung(en)</u>	14
3.1 Die Beschaffungsvorhaben für die 80er und 90er Jahre	14
3.2 Die rüstungskontrollpolitische Ebene: KSZE/KVAE/KRK	17
3.3 Die europäische Ebene: Westeuropäische Union, Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) und die NATO	21
3.4 Französisch-britische Nuklearkooperation	23
3.5 Deutsch-französische sicherheitspolitische Kooperation	26
3.5.1 Rüstungszusammenarbeit	26
3.5.2 Sicherheitspolitische Zusammenarbeit	29
3.5.3 Das Problem der französischen Nuklearstrategie	32
3.5.4 Konventionelle Zusammenarbeit	35
4. <u>Schlußfolgerungen und Empfehlungen</u>	37
Anmerkungen	41

1. Die Debatte um den NATO-Doppelbeschluß in Frankreich

1.1 Die Positionen von Regierung und Parteien zum NATO-Doppelbeschluß

Der NATO-Doppelbeschluß des Jahres 1979 war im Grunde genommen keine französische Angelegenheit. Es war eine Entscheidung des Bündnisses, die nur die integrierten Mitglieder tangierte, das nicht-integrierte Mitglied Frankreich, das seine eigene Strategie definiert und verfolgt, hingegen nicht.

Vor 1981: Seit dem Ausscheiden Frankreichs aus der integrierten NATO-Militärorganisation hatten sich Frankreichs Staats- und Regierungschefs zum Prinzip gemacht, in interne bündnisstrategische Diskussionen nicht zu intervenieren. Der damalige Staatspräsident V. Giscard d'Estaing und seine Regierung hielten sich sorgfältig aus der Kontroverse heraus. Paris weigerte sich sogar, die Entscheidung zu kommentieren, selbst wenn dieses Schweigen "wohlwollend" zu bewerten war. (1)

Nach 1981: Nach dem Wahlsieg François Mitterrands änderte sich die französische Position grundlegend. Der neue Außenminister Claude Cheysson erklärte bereits am 3. Juli, Frankreich "unterstützt voll und ganz die Entscheidung der NATO-Verbündeten im Hinblick auf die Pershing und die Cruise Missiles". In einem Interview für den Hamburger "Stern" sagte Mitterrand, das Wichtigste sei, "aufzurüsten, um das Gleichgewicht wieder herzustellen", und erst dann solle verhandelt werden. Im Hinblick auf sein Engagement zugunsten der "Nachrüstung" konnte sich dann der erste sozialistische Staatspräsident einer weitgehenden Zustimmung der nicht kommunistischen Parteien sicher sein. Die Kommunistische Partei hatte er trotz ihrer heftigen Kritik an der "Nachrüstung" geschickt durch die Regierungsbeteiligung gleichsam "neutralisiert".

Für die Sozialistische Partei (SP) waren es die Notwendigkeit der Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts und die Wiederherstellung der strategischen Ankopplung Europas an die USA, die das französische Engagement zugunsten der "Nachrüstung" begründeten. Wenn auch in der Sozialistischen Partei die Einschätzung, wonach die SS 20 eine neuartige Gefahr für Westeuropa darstelle, durchaus von allen geteilt wurde, so war diesmal die Position Mitterrands ("Was das Gleichgewicht in Europa angeht, tendiere ich dazu zu denken, daß die sowjetische Überlegenheit als gesichert gilt") nicht ohne Widerspruch geblieben. Insbesondere J.P. Chevènement, der Führer des linken CERES-Flügels, bezweifelte die Entstehung eines Ungleichgewichts durch die Aufstellung

der SS 20 und die Einführung des "Backfire". Im allgemeinen jedoch fürchteten die Sozialisten eine zunehmende Diskrepanz zwischen "Sicherheitsbedürfnissen" und "Verteidigungsmitteln" in Europa. (2)

Die gaullistische Position war zwiespältiger, d.h. von grundsätzlicher Zustimmung bei bestimmten Vorbehalten gekennzeichnet. Eine besondere Position nahmen dabei einige prominente Alt-Gaullisten ein, die zwar im Einklang mit Mitterrand auf ein "Ungleichgewicht" hinwiesen, aus deren Sicht aber Frankreich durch seine eigene strategische Kapazität geschützt und als nicht-integriertes NATO-Mitglied ohnehin - von den Nachrüstungsdebatten nicht tangiert sei. Häufig war innerhalb der RPR auch die Kritik zu hören, die NATO-Mittelstreckenraketen seien keine "adäquate" Antwort auf die SS 20-Herausforderung, da die Pershing II und Cruise Missiles Ziel eines sowjetischen "preemptive strike" werden könnten. Wenngleich die SS 20 die "Abkopplungswaffe" par excellence sei, die Waffe des begrenzten Nuklearkriegs in Europa - und insofern der Beweis, daß die Sowjetunion das von den USA qua "flexible response" gesendete Signal wohl verstanden habe! - tendierten die Gaullisten, die die US-Garantie stets als Schimäre denunziert hatten, dazu, die "Nachrüstung" eher als neue Illusion zu bewerten. Auch fürchteten sie, daß die "Euroraketen" weniger eine "Verstärkung der europäischen Sicherheit" als ein bargaining chip in künftigen Verhandlungen über Waffenreduzierungen in Europa seien. Und in solchen Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Supermächten sehen gewöhnlich die Gaullisten vorwiegend ein Instrument der Fortsetzung des "Kondominiums". Trotz dieser Kritik war aus dem gaullistischen Lager auch "Zustimmung zu hören, auch wenn sie, wie es einer Oppositionspartei zukommt, manchmal verklausuliert war". (3)

Bei der NATO-freundlichen UDF (Union pour la Démocratie Française) überwog die Zustimmung. Die Nachrüstung sollte die strategische und politische Kohärenz des Bündnisses unter Beweis stellen. Auch sah diese politische Gruppierung in der Nachrüstung das Fundament jenes "europäischen Pfeilers", den sie stets befürwortet hatte. Die "Nachrüstung" sei deshalb ein Beitrag zur Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie. Die NATO-"Antwort" auf die SS 20 sei auch deshalb eine französische Angelegenheit, weil die französische Sicherheit sich "unabdingbar in den europäischen Raum als einheitlichem Ort eines Konflikts einfügt". (4) Doch gab es auch prominente Gegenstimmen. Gerade an diesem Punkt knüpfte die Kritik nicht nur des ehemaligen Staatspräsidenten V. Giscard d'Estaing, sondern auch seines letzten Premierministers, R. Barre, an: Frankreich mische sich in eine interne NATO-Diskussion ein und fordere die Sowjetunion ohne Not heraus. Barres ehemaliger außenpolitischer Berater Robin pflichtete dem bei, da Frankreich grundsätzlich kein Inter-

esse daran habe, lebenswichtige Interessen der Sowjetunion zu übersehen. (5)

1.2 Die militärstrategische Einschätzung

Mittlerweile ist Allgemeingut, daß Frankreichs Sicherheit von der europäischen Sicherheit nicht zu trennen ist. Dies bedeutet u.a., daß im Falle eines Konflikts die auch für Frankreich entscheidende "Schlacht" jenseits des Rheins im Kontext der Vorneverteidigung stattfinden würde. In dieser Perspektive wird die NATO-Verteidigung des französischen Vorfeldes ausschlaggebend. Das eigene Nuklearpotential bildet die Rückversicherung im Falle eines Zusammenbruchs der Vorneverteidigung (concept des deux batailles). (6) Daraus ergibt sich erstens, daß die Abschreckung so glaubwürdig wie möglich und zweitens, die Verteidigung des Vorfelds ebenfalls so stark und lückenlos wie möglich sein sollte. Pershing und Cruise Missiles sollten die USA in Europa "nuklear festlegen" und damit auch den Konventionalisierungstendenzen entgegenwirken, die wiederum Frankreichs Nuklearstrategie an Glaubwürdigkeit einbüßen lassen würden.

Dank der Nachrüstung wäre aber nicht nur den Abkopplungstendenzen ein Riegel vorgeschoben, sondern die NATO-Strategie näherte sich dadurch auch - so Michel Tatu, Redakteur bei Le Monde - der französischen an:

"Selbst wenn das Bündnis dies offiziell nicht zugab, die 'flexible Antwort' ... würde mit den amerikanischen Euromissiles rigider werden, weil sie dem Zweifel weniger Raum geben würde, für die Sowjetunion schmerzhafter und daher abschreckender wäre". (7)

1.3 Überlegungen im Zusammenhang mit dem "arms control"-Prozeß

Nicht nur von den Gaullisten wurde der arms control-Prozeß mit Argwohn betrachtet. Häufig als Instrument der "doppelten Hegemonie" denunziert, führten die SALT- und START-Verhandlungen in französischer Sicht zu jener Geiselrolle Europas, die sich nun in der Aufstellung der SS 20 exemplarisch niederschlug. Gewiß fürchteten die Gaullisten, daß die Pershing II und Cruise Missiles den Prozeß der Entmündigung Europas insofern weitertrieben, als die Mittelstreckenraketen nur zu einem Schachzug in einem Spiel verhelfen sollten, in dem die Europäer den Einsatz darstellten, um den die feilschenden Akteure spielten.

Andere sahen aber in der Nachrüstung auch eine Chance, auf den bisher in der ausschließlichen Zuständigkeit der Weltmächte liegenden arms-control-Prozeß zumindest Einfluß zu nehmen. Unter den Prämissen des Doppelbeschlusses ergäbe sich in der Perspektive einer Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen für die Europäer im allgemeinen und für Frankreich im besonderen eine weit günstigere Ausgangsposition, um Einfluß auf den Prozeß auszuüben. (8)

1.4 Die politischen Einschätzungen

Die Befürchtung der "Finnlandisierung" eines auf sich allein gestellten, von seiner Rückkopplung an das amerikanische strategische Potential beraubten Europas stellte ohne Zweifel eines der Hauptargumente zugunsten der NATO-"Nachrüstung" dar. Die Erinnerung an das doppelte - amerikanisch-sowjetische - Ultimatum des Jahres 1956, das die Suez-Krise beendet (und nicht nur weiterhin lebhaftes Ressentiments schürt, sondern auch die Konzepte der "doppelten Hegemonie" bzw. des "Kondominiums" mitgeprägt hat), hat zweifellos in Frankreich eine besondere Sensibilität für die politische Dimension von Nuklearwaffen bewirkt. Daß auch dem eigenen Arsenal vorwiegend eine politische Funktion zugerechnet wird, erscheint besonders deutlich, wenn eine "Finnlandisierung" infolge der strategischen Abkopplung befürchtet wird, was im Grunde genommen eine de-facto-Neutralisierung der eigenen Kapazität impliziert.

Das vielleicht entscheidendste Motiv des französischen Engagements zugunsten der Nachrüstung war gleichwohl ein nicht so offen ausgesprochenes Argument, das aber für Frankreich eine konkretere Dimension als alle spekulativen Szenarien besaß. Mit wachsendem Mißtrauen verfolgte Paris die kontroverse Debatte in der Bundesrepublik, die zunehmende Isolierung Bundeskanzler Schmidts in seiner eigenen Partei und den politischen Erfolg einer sich nun auf Parteiebene institutionalisierenden Friedensbewegung. Die Debatte hatte gezeigt, daß die latente "deutsche Frage" gleichsam im Umfeld von strategischen Bündnisdiskussionen, die das Kriegsszenario in Europa tangierten, wieder zum Vorschein zu kommen drohte: "Das deutsche Problem und der NATO-Doppelbeschluß des Jahres 1979 sind untrennbar miteinander verbunden". (9) Nicht nur die Friedensbewegung, sondern auch die SPD, "die selbst nach 'Godesberg' nicht dem Nationalismus entsagt habe", (10) die EKD und ihre "revolutionären Theologen" (11) erschienen als Foren, auf denen Begriffe wie "Pazifismus" und "Neutralismus" - gar "Nationalismus" - als Vehikel eines tendenziellen Abdriftens der Bundesrepublik aus dem westlichen Lager zumindest eine Verweigerung der Bündnisverpflichtungen propagiert wurden. Bedroht schien damit die in französischer Sicht politisch, wirt-

schaftspolitisch und militärstrategisch unerläßliche Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Europa. Die Verquickung zwischen den französischen strategischen und politischen Interessen und der deutschen Frage brachte eindrucksvoll der Sozialist J. Huntzinger auf die Formel, mit der NATO-Stationierung sei die deutsche Frage für 20 Jahre gelöst!

Mit solchen und ähnlichen Einschätzungen verfestigte sich die Meinung, daß die Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Europa gleichsam stehe und falle mit der nuklearen Abschirmung des Bundesgebiets. Mehr und mehr gewann die Ansicht an Boden, daß auch das eigene Nuklearpotential gegen etwaige neutralistische oder gar abdriftende Tendenzen in der Bundesrepublik erhalten müsse.

2. Die Diskussion um die Null-Lösung(en)

Das "Signal" von Reykjavik löste in Frankreich erneut Befürchtungen aus, die schon im Umfeld der Nachrüstungsdebatten geäußert worden waren. Die Reaktionen waren heftig, durchweg negativ und umfaßten die "politische Klasse", ohne von wesentlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen Parteien - bis auf die KPF - gekennzeichnet zu sein. Bereits Ende Februar 1987 hatte Außenminister Raimond bei den UN-Genfer Verhandlungen den französischen Widerwillen gegen eine Null-Lösung kundgetan. (12)

Noch heftiger wurden die Reaktionen nach dem sowjetischen Angebot einer Null-Lösung auf dem Gebiet der SRINF-Waffen. Auf die "Gefahren eines durch den Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen nun noch verschärften Ungleichgewichts der Kräfte in Europa" verwies erneut Außenminister Raimond. Von einem "neuen München" (Verteidigungsminister Giraud), von einer "Kapitulation" (die UDF - wobei sich diesmal R. Barre diesen Unheilsbeschwörungen anschloß), von einem "Täuschungsmanöver der Sowjetunion" (der ehemalige sozialistische Verteidigungsminister Quilès) war die Rede, und der gaullistische Entwicklungsminister Aurillac bescheinigte dem US-Präsidenten Reagan, er habe mit seinem Eingehen auf die sowjetischen Vorschläge der Atlantischen Allianz einen "schweren Schlag versetzt".

Staatspräsident Mitterrand war außerhalb der KPF fast der einzige, der befand, "die Abschaffung der Euroraketen (stimme) mit den Interessen Frankreichs und des Friedens überein". (13) Er wies auch darauf hin, daß Frankreichs Nuklearpotential von der Null-Lösung nicht betroffen sei und daher von einer "Entnuklearisierung" nicht die Rede sein könnte. (14) Darüber hinaus vermochte er keine Abkopplungsgefahr zu erken-

nen, da die "Ankopplung" lediglich im politischen Bereich liege. (15) Schon im Dezember 1987 hatte Mitterrand einen eventuellen Abzug der Pershing II und der SS 20 mit der Begründung gutgeheißen, daß dadurch eine "Rückkehr zur reinen Abschreckung" möglich sei. Denn - so Mitterrand damals - dann würden nur die Langstreckenraketen bleiben, die es "ermöglichen, das Territorium des Gegners unmittelbar zu erreichen". (16) Mitterrand knüpfte damit an die gängige Kritik der Gaullisten an, die die "flexible response" stets als verkappte Abkopplung denunziert hatten. Das Argument war um so bemerkenswerter, als sich Mitterrand seinerzeit vehement für die "Nachrüstung" engagiert hatte. Möglicherweise wollte Mitterrand nun durch seine Zustimmung eine Verhärtung der sowjetischen Position zur Frage der Einbeziehung des französischen Potentials in künftigen Verhandlungen verhindern und das Eingehen der Sowjetunion auf die französischen Interessen nicht gefährden. Auch mögen das bekundete Interesse Außenminister Genschers an einer Null-Lösung sowie vielleicht die Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten und der Wille Mitterrands, diese nicht noch einmal zu brüskieren, das ihre zu seiner positiven Reaktion beigetragen haben.

Ob sich der gaullistische Premier J. Chirac schließlich das Argument der "reinen Abschreckung" zu eigen machte oder den Konflikt mit dem Staatspräsidenten nicht riskieren wollte, dem es im Grabenkrieg der "Cohabitation" gelungen war, seinen Anspruch auf die Bestimmung der Außenpolitik zu behaupten, bleibt dahingestellt. Unerwartet schwenkte er aber kurz darauf auf Mitterrands Kurs ein. (17) Damit war die "Kakophonie" - so die Neue Zürcher Zeitung - perfekt. Denn während der sozialistische Parteivorstand sich hinter Mitterrand stellte, traf bei der Basis der Sozialisten die vom Staatspräsidenten verkündete positive Einstellung zur Null-Lösung auf schärfste Ablehnung. (18) Premierminister Chirac erteilte unverhüllte Kritik seiner Parteifreunde. R. Barre seinerseits warnte vor einer Null-Lösung, die der "flexible response" eine Zwischenstufe entziehen und damit die Erwidlungsfähigkeit des Bündnisses schwächen würde. (19) Die UDF insgesamt sah eine "halbe Lähmung der politischen Entscheidungsfähigkeit" Frankreichs.

In dieser Trennungslinie zwischen Befürwortern und Kritiker wurde die niemals wirklich überwundene Spaltung zwischen den Anhängern der Bündnisstrategie der flexiblen Erwidlung und den Anhängern der reinen Abschreckungstheorie wieder deutlich. (20) Die Befürworter sähen - wie Mitterrand - in der Null-Lösung eine Rückkehr zur reinen Abschreckung, die Kritiker fürchteten - wie R. Barre - eine Schwächung der NATO-Strategie. Die These vermag durchaus die Haltung der UDF und sogar die Meinungsverschiedenheiten der Sozialisten, von denen ein nicht unerheblicher Teil "Atlantiker" geblieben ist, zu erklären. Was die

Ablehnung der Gaullisten angeht, so dürfte sie dennoch weniger durch einen Hang zu einer Strategie, die sie stets verworfen haben, als durch die Angst vor einem Bedeutungsschwund der Nuklearwaffen in Europa und vor dem Verlust des Nuklearstatus Frankreichs motiviert sein.

Nicht nur die bürgerlichen Parteien hatten gehofft, mit deutscher Hilfe zumindest eine erweiterte Null-Lösung zu Fall bringen zu können. (21) Mit der Erklärung der Bundesregierung zugunsten der doppelten Null-Lösung scheiterten jedoch diese Bemühungen. Da ein INF-Abkommen ohnehin nicht mehr zu verhindern war, einigte man sich darauf, die Bedingungen zu nennen, die von Frankreich als unerlässlich angesehen wurden. Mitterrand hatte schon die Formel vorgegeben: "Ausgewogen, gleichzeitig und kontrolliert". (22) J. Chirac wiederholte noch einmal, daß "für Frankreich die wirklichen Abrüstungsprioritäten auf dem Gebiet der Verringerung der strategischen Arsenale der Supermächte und der Korrektur des konventionellen und chemischen Ungleichgewichts in Europa" liegen. Er begrüßte jedoch schließlich auch das bevorstehende Abkommen, betonte dabei aber den allgemeinen Konsens, daß die "Nuklearabschreckung für Europa unerlässlich" bleibe. (23)

Damit hatte die Abrüstungsproblematik in dramatischer Weise gezeigt, daß die Interessen zwischen der nuklearen Mittelmacht Frankreich und der an der Nahtstelle des Ost-West-Gegensatzes liegenden nichtnuklearen Bundesrepublik im Grunde genommen grundsätzlich divergieren, sobald Bewegung in das Ost-West-Verhältnis kommt. Denn während Frankreich an einem militärstrategischen, politischen und wirtschaftlichen Status quo in Europa festhält und die Überwindung der Teilung Europas nicht einmal mehr rhetorisch für wünschenswert hält, kann die Bundesrepublik kaum an einer Fortsetzung des Spannungsverhältnisses Interesse haben.

2.1 Die militärstrategischen Vorbehalte

Einer der am meisten wiederholten Einwände gegen "aufeinander folgende Null-Lösungen", welche Premierminister Chirac als eine "Salami-Taktik" denunzierte, die es der Sowjetunion ermöglichen würde, die "europäische Sicherheit in Scheibchen zu schneiden", war das "Risiko einer Entnuklearisierung Europas". (24) Wie in den Debatten um die "Nachrüstung" wurde erneut eine Abkopplung befürchtet. Darüber hinaus wurde das in französischer Sicht allzu schnelle Akzeptieren der sowjetischen Vorschläge durch Präsident Reagan als eine sich ohnehin in den Vereinigten Staaten abzeichnende Tendenz zum "Disengagement" aus Europa gedeutet, die sich unter anderem auch im SDI-Vorhaben und in deren Vorläufern, den "No-first-use"- und Konventionalisierungsdebatten, ausdrückten. (25)

Die "Entnuklearisierung" Europas wurde auch gleich mit dessen "Neutralisierung" gleichgesetzt: "Es geht darum, die Falle zu enttarnen, jene Falle, die auf den Weg zur Entnuklearisierung und Neutralisierung Europas führt", so General Forget. (26) Nicht nur in militärischen Kreisen fürchtet man den Verlust der operativen Dimension der Nuklearwaffen, die "das Kräfteverhältnis in dieser Weltregion zwischen Osten und Westen wieder herzustellen vermögen", (27) oder:

"Wir müssen vermeiden, daß die Null-Lösung die Schwächung jenes Gegenparts der konventionellen und chemischen Überlegenheit des Warschauer Pakts mit sich zieht, der im Westen durch die operativen nuklearen Waffen dargestellt wird," (28)

so R. Barre. Pikant ist allerdings, daß damit der Verlust einer Funktion von Nuklearwaffen bedauert wird, die es in der französischen Militärstrategie eigentlich gar nicht geben darf und die darüber hinaus als Bestandteil der NATO-Strategie der "flexible response" nicht zuletzt von den Gaullisten als Beweis der mangelnden amerikanischen Garantie heftig kritisiert wurde. (29)

Darüber hinaus fürchtet man, daß in der Dynamik der Null-Lösungen Frankreich und Großbritannien bald unter den gemeinsamen Druck der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geraten könnten, ihr Potential in die Rüstungskontrollverhandlungen einzubringen. Immer wieder wird auf den stellvertretenden sowjetischen Außenminister verwiesen, der im März 1987 erklärte, es sei in der Perspektive eines atomwaffenfreien Europas schwierig, Frankreichs taktisches Potential nicht anzurechnen. (30) Zwar wurden bisher sowjetische Forderungen nach Anrechnungen von Paris erfolgreich abgeblockt, nicht zuletzt, weil der französische Standpunkt, es handle sich um ein zentrales, der Abschreckung dienendes System, von den USA unterstützt wurde. Doch was Frankreich stets mehr als einen Konfrontationskurs der Weltmächte gefürchtet hat, ist deren Eintracht aufgrund gemeinsamer Interessen.

In dem gleichen Sinne argumentiert auch der gaullistische Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, F. Fillon, der überdies auch die französische Stellung in der südlichen Hemisphäre bedroht sieht:

"Flugs wird sich unser Land im Mittelpunkt der diplomatischen Debatten sehen. Es ist nicht schwierig, sich vorzustellen, was für ein Druck auf uns ausgeübt wird. Die Großzügigkeit der Sowjetunion, die akzeptiert hat, die französischen und britischen Nuklearwaffen aus den Verhandlungen mit den Amerikanern auszuklammern, könnte sehr

schnell verschwinden, sobald ein wichtiges Abkommen mit den Amerikanern unterzeichnet wird. Frankreich wird dann zum Anziehungspunkt aller Friedensapostel und aller Formen von Terrorismus. Unsere Präsenz im Pazifik wird wegen des Nukleartestgeländes immer stärker in Frage gestellt." (31)

Und auch in Frankreichs "classe politique" selbst scheint man sich des so lange gepriesenen "nationalen Konsens" über die Nuklearwaffen gar nicht mehr so sicher zu sein: "Ein sehr starker Wille wird ... vonnöten sein, um dem Druck der öffentlichen Meinung im Westen, in der Dritten Welt und schließlich in Frankreich zu widerstehen". (32)

Wenn aber in Paris in allen Varianten das Leitmotiv: "Die nukleare Abschreckung bleibt unerlässlich" wiederholt wird, sind es nicht nur militärstrategische Überlegungen, die den französischen Widerstand hervorrufen. Gewiß droht die französische Nuklearstrategie, des Schutzschirms der NATO-Interventionskapazität in Westeuropa beraubt, zur Selbstabschreckung zu degenerieren. In dieser Angst mögen auch die bitteren Vorwürfe an die Adresse der USA von über jeglichen Verdacht des "Anti-amerikanismus" so erhabenen Politikern wie R. Barre ihren Grund haben.

Doch mindestens genauso relevant sind auch Befürchtungen, die im Zusammenhang mit der von Anfang an und von General de Gaulle vielleicht sogar als primär gedachten politischen Funktionen des eigenen Nuklearpotentials stehen. "Dank der Atomwaffen nie wieder Krieg", war die ausgegebene Parole der Pioniere der Nuklearbewaffnung. Dank der Nuklearwaffen sollte aber auch das Nachkriegs-Frankreich wieder eine diplomatische und politische Rolle im neu zu gestaltenden Europa und weltweit spielen können.

2.2 Die Vorbehalte vor dem Hintergrund des Status Frankreichs als Nuklearmacht

Die Nuklearaufrüstung sollte Frankreich eine Handlungsfähigkeit verleihen, die ihm ermöglichen würde, trotz Bündniszugehörigkeit seine Interessen notfalls gegen den Willen der Bündnisvormacht durchzusetzen. Wenngleich die Hauptzielrichtung der damit gewonnenen Handlungsfähigkeit das Bündnis und die Ost-West-Beziehungen waren, war der Gewinn für Frankreichs Diplomatie in der Dritten Welt, vor allem in Afrika ebenfalls nicht gering. (33)

In dem Maße dennoch, wie der gaullistische "grand dessin" für Europa sich nicht verwirklichen ließ, wie Frankreichs Schrittmacherfunktion in

den 60er Jahren dann infolge der Annäherung der Weltmächte in den Hintergrund trat, und wie schließlich die Beziehungen Frankreichs zum Bündnis sich entspannten, verringerte sich auch die politische Dimension des Nuklearstatus. "Aus einem Mittel im Sinne von Clausewitz wurde ein Prestige-Symbol". (34) Nicht mehr die Handlungsfähigkeit, sondern der Unterschied zu den nicht-nuklearen Staaten wurde stilisiert.

Nicht zuletzt die NATO-Nachrüstungsdebatten haben dazu beigetragen, daß der nukleare Unterschied nun eine neue politische Dimension bekommt, deren Hauptrichtung Westeuropa und die europäische Integration geworden ist: die Nuklearkapazität sollte die wirtschaftlichen Defizite machtpolitisch ausgleichen. In erster Linie aber soll die Nuklearkapazität dazu beitragen, die Bundesrepublik in der EG-Gemeinschaft zu verankern und die deutsche Wirtschaftsmacht auszugleichen. (35)

Nun läßt sich aber die europapolitische Dimension des Nuklearunterschieds nur solange anwenden, wie das deutsche Verlangen nach einer französischen "Zusatzgarantie" nicht nachläßt. Die von französischer Seite gefürchtete "Entnuklearisierung Europas" würde weitgehend den Verlust der europapolitischen Dimension der französischen Nuklearkapazität bedeuten.

2.3 Die Null-Lösung(en) und die deutsche Frage

In einem anlässlich der Nachrüstungsdebatten in der französischen Presse ausgetragenen Disput zwischen einem bekannten Strategieexperten und dem außenpolitischen Berater des Premierministers in der Ära V. Giscard d'Estaing schrieb der letztere an die Adresse des ersteren: "Die Schlüsselfrage... ist Deutschland". (36)

In der Perspektive einer zwei-, möglicherweise dreifachen Null-Lösung kommt die Verquickung zwischen der Nuklearproblematik und der deutschen Frage im französischen Interessengeflecht wieder zum Vorschein. Ihr gemeinsamer Nenner ist und bleibt bei aller Vielschichtigkeit die Westbindung der Bundesrepublik und die Aufrechterhaltung des politischen Status quo in Europa.

Die nächstliegenden französischen Interessen an der Erhaltung des Status quo sind sicherheitspolitischer Art. Weil im militärisch-strategischen Bereich eine Funktionswahrnehmung des französischen Nuklearpotentials nur in Rückkopplung mit der NATO denkbar ist, ist die Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis und ihre Vorfeldfunktion für Frankreich unerläßlich.

"Was würde in der Tat aus unserem Verteidigungskonzept des Schwachen gegenüber dem Starken, das sich so bequem auf das deutsche Vorfeld stützt und von der nuklearen Garantie der USA geschützt wird, wenn dieses Vorfeld in einem Arrangement mit Moskau zusammenbrechen würde?" (37)

Die Aussicht auf einen Rückzug amerikanischer Nuklearwaffen aus der Bundesrepublik läßt Paris in der Tat nicht nur um den Verlust des NATO-abgeschirmten Vorfelds fürchten, sondern darüber hinaus jenes Rapallo-Gespenst wieder erwachen, das seit den Debatten um die NATO-Nachrüstung bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Frankreich umgeht. So z.B. (und u.a.) der sozialistische Pariser Abgeordnete Gérard Fuchs, Mitglied des Parteivorstands und Mitglied des Verteidigungsausschusses:

"Ein Abkommen, das - mit Recht oder Unrecht - infolge eines psychologischen Fehlers Washingtons oder eines realen Willens zum Disengagement als ein Schritt zur viel besagten Abkopplung zwischen den USA und Europa erscheinen würde, könnte in der Bundesrepublik der Versuchung Vorschub leisten, einige zusätzliche Garantien auf der anderen Seite zu suchen. Moskau würde dann wohl nicht darauf verzichten, indem es neue Kooperationsmöglichkeiten bietet oder das ewige Trugbild der Wiedervereinigung vorgaukeln würde, den dann auftretenden Riß zu vertiefen, mit dem Risiko eines tatsächlichen Auseinanderbrechens Westeuropas." (38)

Und es sind solche Gedanken, die (kürzlich) den ehemaligen sozialistischen Verteidigungsminister Hernu dazu veranlaßten, jenen "Nationalneutralismus" anzuprangern, der "kaum besser als der Nationalsozialismus" wäre. (39)

Das, was quer durch die politische Landschaft und ziemlich unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Richtung französische Politiker beunruhigt, ist die Vorstellung einer vom NATO-Bündnis sowie von der Europäischen Gemeinschaft abdriftenden Bundesrepublik, einer Überwindung des Status quo in Mitteleuropa, die ein nicht mehr ausschließlich dem Westen zugewandtes Deutschland entstehen lassen könnte.

Über die sicherheitspolitischen Implikationen hinaus wird mit der einer Wiedervereinigung folgenden Entstehung einer neuen deutschen Macht in Mitteleuropa ein Zusammenbruch der westeuropäischen Gemeinschaft befürchtet. Denn ein wiedervereinigtes Deutschland würde sich schon aus wirtschaftlichen Interessen dem Osten zumindest genau so sehr zuwenden wie dem Westen. Mit Argwohn wurde deshalb seinerzeit schon die sozialliberale Ostpolitik betrachtet. Der sich im Gefolge der Ostpolitik dann

erweiternde deutsche Osthandel, die deutsch-deutschen Beziehungen und neuerdings die von französischer Seite - und nicht zuletzt vom EG-Kommissionspräsidenten J. Delors - diagnostizierte "EG-Müdigkeit" der Bundesrepublik werden auch als Indizien dafür bewertet, daß die wirtschaftlich dynamische, exportabhängige Bundesrepublik die Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht restlos in der EG findet und daß trotz EG-Süderweiterung die östlichen Absatzmärkte für sie an Attraktivität gewinnen könnten. Bekräftigt wiederum die Bundesrepublik uneingeschränkt ihr EG-Engagement - wie auf dem Gipfeltreffen im Februar 1988 - so geht in Frankreich erneut die Angst vor einem deutschen Übergewicht in der Europäischen Gemeinschaft um.

Die Westbindung der Bundesrepublik erscheint also als ein Imperativ nicht nur um eine etwaige "Neutralisierung" oder gar "Finnlandisierung" zu verhindern, sondern darüber hinaus, um (aus französischer Sicht) gleichzeitig die Entstehung eines wirtschaftlichen Giganten zu verhindern und die Europäische Gemeinschaft in ihrer bestehenden Form aufrechtzuerhalten. Diese Westbindung hinge im wesentlichen vom Fortbestand der Bündnisse und vor allem der Nuklearstrategie ab. Da die Bundesrepublik aufgrund ihres Verzichts auf den Besitz von Atomwaffen im Kontext einer auf dem Vorhandensein solcher Waffen beruhenden Sicherheitspolitik auf die Zusicherung einer Nukleargarantie von außen angewiesen ist, erscheinen die Atomwaffen als der beste und sicherste Garant der Westbindung. Jede in der Bundesrepublik perzipierte Erosion der amerikanischen Nukleargarantie für Westeuropa birgt deshalb für Paris schon die Gefahr einer Lockerung dieser Westbindung. Solange jedoch atomare Interventionsmittel des Ostens auf den Westen gerichtet bleiben, muß die Bundesrepublik, um diese Erosion zu kompensieren, eine Zusatzgarantie an anderer Stelle suchen, und dafür kann nur Frankreich in Frage kommen. Trotz der Abneigung der politischen Entscheidungsträger, eine formale Zusatzgarantie abzugeben, hat Paris deshalb erkannt, daß das französische Nuklearpotential zunehmend eine neue politische Dimension erhält.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch der französische Widerstand gegen die Null-Lösung bzw. die Null-Lösungen. Nicht nur die Angst vor dem Verlust des nuklear abgeschirmten Vorfelds nährt die französischen Befürchtungen vor den Null-Lösungen, sondern darüber hinaus - und vielleicht noch stärker - die des Verlustes des Hebels, um die Bundesrepublik an den Westen zu binden. Eine weitergehende Null-Lösung käme einer politischen Neutralisierung der französischen Nuklearkapazität in der Europapolitik gleich. Diesen Zusammenhang hat der Wortführer des linken Flügels der Sozialistischen Partei, J.P. Chevènement, sehr aufschlußreich dargestellt:

"Im Gegensatz zu dem, was manchmal gesagt wird, führt die Null-Option nicht ... zu einer Entnuklearisierung Europas: ... Noch weniger führt die Null-Lösung allein zu einer Neutralisierung des Alten Kontinents. ... Aber gleichzeitig gehen Gerüchte um, wonach Michail Gorbatschow bald die Frage der deutschen Wiedervereinigung anschneiden könnte. Mehr noch als die Beschwörung eines dem deutschen Herzen liebgewordenen Mythos (die Wiedervereinigung) - der nebenbei gesagt im Grundgesetz verankert ist - findet in Deutschland die von Gorbatschow skizzierte Perspektive einer europäischen Abrüstung ein um so stärkeres Echo, als sie nicht explizit zum Ausdruck kommt. Abgesehen davon, daß diese Perspektive von den Grünen offen und massiv und von denjenigen, die das grüne Wählerpotential gewinnen wollen, weniger offen, aber nicht weniger effektiv unterstützt wird, kompensiert sie ganz von selbst die grundlegende Schwäche Nachkriegsdeutschlands, Ursache so vieler Erniedrigungen: seine militärische Machtlosigkeit bzw. das vertraglich verankerte Verbot des Besitzes von Atomwaffen. Aus diesem Grund gibt diese Perspektive der zivilen, wirtschaftlichen und technologischen Macht Deutschlands, in welcher der Handel mit dem Osten keine unwichtige Rolle spielt, noch mehr Gewicht... Darin liegt die Gefahr der "Null-Lösung", oder vielmehr deren inhärente Logik, und zwar nicht die schon längst verwirklichte Abkopplung zwischen der amerikanischen und der europäischen Verteidigung, sondern die Abkopplung zwischen Deutschland und Europa." (40)

Was das eigene Nuklearpotential verhindern soll, ist nicht zuletzt das Entstehen einer dann auch politisch führenden "économie dominante" in Mitteleuropa, überhaupt, daß der Begriff "Mitteleuropa" zu einer politischen und wirtschaftlichen Realität wird. "Mitteleuropa" und "Westeuropa" sind in französischem Verständnis zwei einander ausschließende "Optionen": Ihre Inkompatibilität drückt sich in der Unvereinbarkeit der Westintegration der Bundesrepublik mit einer Ostpolitik aus, in der die deutsch-deutschen Beziehungen und darüber hinaus eine politische und wirtschaftliche Öffnung nach dem Osten Vorrang haben. Der französischen Einschätzung zufolge kohabitieren beide Strömungen in der (west-)deutschen Europapolitik, ohne daß sich die eine oder die andere definitiv durchzusetzen vermag: "Am schwierigsten ist ... die Situation in der Bundesrepublik aufgrund ihrer Zerrissenheit angesichts der Alternative 'westliche Solidarität' - 'deutsch-deutsche Solidarität', ausgedrückt in einer Ostpolitik, die den Keim des neutralistischen Abdriftens in sich birgt". (41) Es gilt also, die Bundesrepublik dazu zu zwingen, sich für das eine "Lager", für eine der beiden Optionen bzw. für die westliche Integration zu entscheiden. Die Nuklearwaffen sollen das Instrument der Westintegration sein.

Die Debatten um die Nachrüstung und die Null-Lösungen waren insofern einschneidend, als sich Frankreich zum ersten Mal seit seinem Rücktritt aus der NATO-Militärintegration sehr stark in eine interne strategische Diskussion des Bündnisses einschaltete. Sie zeigten, wie abhängig Frankreichs Strategie im Grunde genommen von der Bündnisstrategie ist. Sie zeigten auch, welche europapolitische Dimension das eigene Nuklear-Potential mittlerweile gewonnen hat.

3. Perspektiven der französischen Politik als Reaktion auf die Null-Lösung(en)

3.1 Die Beschaffungsvorhaben für die 80er und 90er Jahre

Auf der rüstungspolitischen Ebene ist seit de Gaulles Zeiten dem Auf- und Ausbau der eigenen Nuklearkapazität stets eine absolute Priorität eingeräumt worden. Dies fand seinen Niederschlag sowohl in den fünfjährigen Rüstungsbeschaffungsgesetzen, die allerdings mehr eine Orientierung als eine verbindliche Grundlage darstellten fielen, als auch in den jährlichen Wehretats. Obwohl die Rüstungsbeschaffungsausgaben in einer bisher ausnahmslos gebliebenen Regel gegenüber den mehrjährigen Rüstungsplanungen gekürzt wurden, blieben diese das Instrument, dank dem die Regierung im Rahmen der immer wieder betonten Kontinuität dauerhafte Akzentverlagerungen zu setzen vermag. Natürlich sind die fünfjährigen Beschaffungsgesetze aufgrund der mittelfristigen Planung zu schwerfällig, um unmittelbar auf außenpolitisches Geschehen zu reagieren. Darüber hinaus zeigen seit eh und je französische Rüstungsplanungen und Wehretats einen ausgeprägten Hang zur Geheimnistuerei, so daß sie zwar die vorzeigbare Entwicklung einer konsensfähigen (wenngleich zwischen den konkurrierenden Empfängerbereichen hart gefeilscht wird) Modernisierung dokumentieren, über Forschungsvorhaben auf noch heiklen - weil politisch umstrittenen oder gar für eine breite öffentliche Diskussion als ungeeignet betrachteten - Gebieten dagegen kaum Auskunft geben.

Auch ohne die Perspektive der Null-Lösung(en) hatte Frankreich schon mit dem Beschaffungsgesetz des Jahres 1983 eine kräftige Modernisierung des Nukleararsenals begonnen. Insbesondere war 1985 das sechste U-Boot der seegestützten Komponente der Abschreckungskapazität vom Stapel gelaufen. Die Vermirvung der SLBMs an Bord der nuklearen U-Boote durch die Ersetzung der bisherigen M 20-Raketen durch die neuen M 4-Raketen (jeweils 6 Sprengköpfe) (42) hat begonnen. Die Siloverstärkung der bodengestützten Raketen des Plateau d'Albion war bereits 1984 abgeschlossen worden. Und für 1992 wurde die Ersetzung der Pluton durch

die Hadès beschlossen, für die nach Abschluß des NF-Abkommens eine verlängerte Reichweite beschlossen wurde. Nach dem Regierungswechsel infolge der Parlamentswahl des Jahres 1986 wurde dieses in der Zeit der sozialistischen Regierung verabschiedete Beschaffungsgesetz außer Kraft gesetzt und durch ein neues Rüstungsbeschaffungsgesetz für die Jahre 1987-1991 ersetzt.

Der Aufhebung des Gesetzes von 1983 liegt aber weniger ein Dissens im Hinblick auf die eigentliche Rüstungsbeschaffung als eine Kontroverse über Rolle und Funktion der taktischen Nuklearwaffen zugrunde. Während die Sozialisten - zumindest dem Wortlaut nach - die "Einheit zwischen strategischem und taktischem Potential" nicht in Frage stellen und den von ihnen in "prä-strategisch" umbenannten (von ihren technischen Daten her aber eindeutig operativen) taktischen Systemen nur eine Warnungsfunktion vor dem Einsatz strategischer Mittel einräumen wollten, orientieren sich die strategischen Zielsetzungen des Premierministers Chirac und vor allem seines Koalitionspartners UDF an einem Konzept des operativen Einsatzes des taktischen Potentials. Der nun im neuen Beschaffungsgesetz erzielte Kompromiß gilt einem "Sowohl-als-auch", das ohnehin dem Selbstverständnis der militärischen Führungskreise weitgehend entsprechen dürfte. (43)

Was die eigentliche "Modernisierung" (ein weitgehender überparteilicher Konsens) der Nuklearkapazität angeht, zeichnet sich das neue Beschaffungsgesetz durch Kontinuität aus. Im Einklang mit dem vorigen, aufgehobenen Gesetz sind F&E-Mittel für eine neue U-Boot-Generation vorgesehen (das erste Exemplar und gleichzeitig siebte U-Boot der Force Océanique Stratégique soll 1994 übergeben werden). Fortgesetzt wird auch das Vermirvungsprogramm M 4 für die SLBMs, und F&E-Mittel für die Erforschung der nachfolgenden M 5-MIRV-Sprengköpfe.

Die Bevorzugung der seegestützten Komponente und ihre budgetäre Priorität innerhalb der sog. "nuklearen Triade" (U-Boote, bodengestützte Raketen auf dem Plateau d'Albion und bemannte Mirage-IV-Bomber) ergibt sich aus der geringeren Verwundbarkeit, der größeren Mobilität und der besseren Einsatzfähigkeit von seegestützten Mitteln überhaupt. Das neue (mit den Stimmen aller Parteien mit Ausnahme der KPF) verabschiedete fünfjährige Programmgesetz, das eine Stagnierung der laufenden Kosten zugunsten eines starken Zuwachses der Beschaffungsmittel (vor allem nach 1989) vorsieht, stellt ohnehin eine finanzielle Herausforderung dar, die schon jetzt Zweifel an ihrer Realisierbarkeit aufkommen läßt; jedenfalls dürften sich die Beschaffungsausgaben kaum steigern lassen.

Auch die Entscheidung zugunsten von Cruise Missiles für die Modernisierung der 'Force de Frappe' erfolgte nach einer anhaltenden Kontroverse

über die bestgeeigneten Folgesysteme. Diese Entscheidung ist wahrscheinlich mehr dem Aufkommen von strategischen Abwehrsystemen als dem INF-Abkommen zu verdanken.

Neu - zumindest im Hinblick auf die Offenheit - ist die Erwähnung des C-Waffen-Programms, das bisher höchste Diskretion genoß. Neu ist ebenfalls, daß den chemischen Waffen auch offenkundig eine "abschreckende Fähigkeit" (*capacité dissuasive*) zugeschrieben wird, die in Entwicklung begriffen ist. (44) Den C-Waffen wird nicht jene Lückenbüßer-Funktion zugeteilt, die dem taktisch-nuklearen Potential ganz offensichtlich zugeschrieben wird. Ein "first use" bei den C-Waffen scheint nach der Loi-Programme nicht vorgesehen zu sein. Doch ist die Perspektive eines chemischen Abtauschs im Falle eines chemischen Angriffs im Laufe von Kampfhandlungen durchaus Bestandteil eines Kriegsführungskonzepts geworden. Dies bedeutet eine weitere Etappe in der Wandlung der Abschreckungsstrategie von einem Konzept der Kriegsverhütung zum Konzept der Kriegsführung und des darauf folgenden Ausbaus einer Kriegsführungskapazität. Stutzig macht insbesondere, daß nicht etwa Abwehr und Schutzmaßnahmen, sondern der Erwidierungsfähigkeit mit denselben Mitteln im Falle eines chemischen Angriffs nun die Priorität eingeräumt wird.

Schließlich widmet das neue Programmgesetz nun auch den "Raumtechnologien" eine ganz besondere Aufmerksamkeit, wenngleich eher Rahmenrichtlinien für Forschung und Entwicklung als konkrete Forschungsvorhaben genannt werden. Der Einstieg in die SDI-Technologie - zumindest in Teile davon - erfolgte schon kurze Zeit nach der Verkündung des amerikanischen SDI-Programms durch den US-Präsidenten R. Reagan.

Während die damals regierende sozialistische Partei die amerikanische strategische Verteidigungsinitiative um so heftiger ablehnte, als das Aufkommen strategischer Abwehrsysteme die Drittstaaten-Kapazitäten in ihrer Glaubwürdigkeit zu unterminieren droht, bildete Verteidigungsminister Hernu eine Arbeitsgruppe, die, mit 500 Mio. Francs ausgestattet, mit der Definition von Forschungsprogrammen beauftragt wurde. Der Umfang der der Forschung gewidmeten Mittel, ihre konkrete Zweckbestimmung sowie die bisherigen Ergebnisse sind in ihrer Globalität so gut wie unbekannt. Sporadische Informationen lassen indes auf ein teilweise recht erfolgreiches Vorankommen schließen. Insbesondere scheint die Forschung den ASAT-Weg (Antisatelliten-Waffen) zu bevorzugen.

Parallel zur Weltraumforschung hat die High Tech-Forschung (insbesondere auf dem C³I-Gebiet) und -Entwicklung teilweise einen Stand erreicht, der mit dem allgemeinen Zustand der konventionellen Ausrüstung

stark kontrastiert. Die Loi-Programme sieht auch auf diesem Gebiet weitere Entwicklungen vor.

Es ist nicht zu erwarten, daß der INF-Vertrag oder gar ein Abkommen der Weltmächte über eine Halbierung ihrer strategischen Potentiale eine Verschiebung der Prioritäten bei den Beschaffungsvorhaben unmittelbar nach sich ziehen wird. Denn zum einen wäre Frankreich von derartigen Abkommen nicht tangiert, und darüber hinaus hat Paris mehrfach erklärt, daß das Nuklearpotential nicht zur Disposition stehe. Die mit 30 % der Ausgaben erneut im bereits verabschiedeten Verteidigungshaushalt 1988 unterstrichene Priorität der Atomstreitmacht (45) zeigt, daß auch im Lichte eines möglichen START-Übereinkommens zwischen den Weltmächten Paris die "nukleare Strategie" weiterhin für unerläßlich hält.

Abgesehen von den planmäßigen Modernisierungen, stellt das Aufkommen von strategischen Abwehrsystemen eine in erster Linie finanzielle Herausforderung dar, sei es im Hinblick auf die Bedeutungszunahme des quantitativen Faktors in der Ausrüstung, sei es im Hinblick auf die Anschaffung von Systemen, die von einer strategischen Abwehr nicht erfaßbar sind, sei es schließlich im Hinblick auf Erforschung und Erprobung eines eigenen strategischen Abwehrsystems. Seit mehr als 20 Jahren hat die Nuklearstreitmacht den Löwenanteil der zur Verfügung stehenden Mittel für sich in Anspruch genommen. Gerade im Hinblick auf ein stärkeres französisches Engagement in Mitteleuropa ist eine Vergrößerung dieses Anteils kaum denkbar, will Frankreich mehr als einen rein symbolischen konventionellen Beitrag leisten.

3.2 Die rüstungskontrollpolitische Ebene: KSZE/KVAE/KRK

Das Interesse Frankreichs an den rüstungskontrollpolitischen Gesprächen und Verhandlungen scheint äußerst gering. Es sieht so aus, als ob Frankreich, in seinem Rückzugsgefecht gegen die Null-Lösung(en) erstarrt, weitgehend die Initiative verloren hat, die es in den 60er Jahren mit der Vorreiterrolle in der Entspannungspolitik und in den 70er Jahren wenigstens mit dem KVAE-Vorschlag hatte. Und darüber hinaus fürchtet Paris, daß die nun unter der KSZE-Ägide stattfindenden Gespräche über konventionelle Abrüstung bei der Wiener Folgekonferenz Frankreich irgendwelche Einschränkungen in seinem Militärpotential abtrotzen könnten. (46)

Entschieden lehnte Frankreich zunächst das amerikanische Ansinnen ab, die Verhandlungsinstruktionen der westlichen Delegationen durch das NATO-Sekretariat definieren zu lassen und dadurch eine Art "von Block

zu Block"-Verhandlungen zu führen. Zwar wurde ein Kompromiß gefunden, der der Stellung Frankreichs als nicht-integriertem NATO-Mitglied Rechnung trägt, doch auch nach der Beilegung dieses Konflikts blieben Divergenzen mit den anderen westlichen Staaten über Form und Inhalt des KRK-Mandats. Frankreich wollte, um den multilateralen Charakter der Verhandlungen zu unterstreichen, diese unter dem "Dach" der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten führen und nicht, wie von den westlichen Staaten mit Hinweis auf positive Ergebnisse der MBFR gewünscht, in einer Art "erweiterten MBFR-Rahmen". Dabei wies Frankreich darauf hin, daß die seit über vierzehn Jahren nach diesem Muster verlaufenden MBFR-Verhandlungen hoffnungslos im Sand verlaufen sind und daß gerade die N+N-Staaten eine allgemein als äußerst nützlich anerkannte Rolle bei den bisherigen KSZE-Treffen gespielt hätten. Diese Argumente sind zwar zutreffend. Doch dem französischen Grundsatz der Multilateralität dürften auch ganz spezifische französische Interessen zugrundeliegen, und zwar die Befürchtung, daß ganz im Sinne des von Paris als "inakzeptabel" (47) zurückgewiesenen ungarischen Vorschlags von Ende 1986 die französischen taktisch-nuklearen Waffen auch Gegenstand der Verhandlungen werden könnten.

Darüber hinaus stimmt Frankreich zwar mit den westlichen Staaten einer asymmetrischen Rüstungs- und Kräfte-Reduzierung in Europa zu. Es gibt aber französische Befürchtungen im Hinblick auf das bei den MBFR zustandegewonnene Prinzip, wonach der Abrüstungsprozeß mit einer gleichzeitigen Reduzierung der sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte beginnen sollte. Frankreich fürchtet nämlich, daß damit den Amerikanern ein Vorwand geliefert werden könnte, ein umfangreiches "Disengagement" aus Europa in Gang zu setzen. (48) Deshalb besteht Frankreich auf einer Korrektur des Ungleichgewichts durch eine sowjetische Vorleistung. (49) Gleichzeitig fürchtet man aber auch in Paris, daß eine sowjetische Vorleistung auf konventioneller Ebene den nuklearen Kurzstrecken-Raketen die "Legitimation" eines Ausgleichs des sowjetischen konventionellen Übergewichts "entzieht". (50)

Im Zusammenhang mit dem Besuch des US-Vizepräsidenten G. Bush in Paris zeigte sich eine neue Position: Kein Abkommen über eine dritte Null-Lösung (Raketen unter 500 km Reichweite) vor einem Abkommen über eine Reduktion der konventionellen und chemischen Rüstung in Europa; Verhandlungen über die strategischen Systeme beider Supermächte; keine Einbeziehung des französischen Potentials in künftige Verhandlungen. (51) Mit diesen Forderungen blieb Premierminister J. Chirac der stets von Frankreich verfolgten Linie treu, daß erst die Supermächte ihre eigenen Arsenale - und zwar jetzt von den konventionellen bis hin zu den strategischen Waffen - zu reduzieren hätten, ehe man weiter

sieht, und daß das französische Potential ohnehin nicht zur Debatte stehe. Damit ist auch klar, daß aus französischer Sicht die Initiative bei den Weltmächten liegt.

Daraus könnte sich auch ein Interessenkonflikt mit Bonn, das ohnehin stärker als Paris an dem gesamten KSZE-Prozeß in seinen wirtschaftlichen Implikationen und nicht zuletzt im Hinblick auf die deutsch-deutschen Beziehungen ein großes Interesse hat, ergeben, wenn die Bundesrepublik sich nun als "treibende Kraft bei der konventionellen Abrüstung" (52) darstellen will. Zunächst scheint Frankreich darauf zu vertrauen, daß es einfach "naiv" sei, "schnelle Ergebnisse" dort zu erwarten, wo MFBR in einem geographisch kleiner abgesteckten Raum und mit weniger komplexen Waffensystemen als Verhandlungsobjekten gescheitert sei. (53)

Alles in allem dürften zukünftig drei Problembereiche eine gemeinsame Linie der Westeuropäer und insbesondere der Bundesrepublik und Frankreichs auf dem Gebiet der Abrüstungsverhandlungen erschweren:

- Falls die Sowjetunion ein Abkommen im Kurzstreckenbereich von der Einbeziehung der Drittländer potential abhängig machen sollte, dürften Konflikte zwischen der Bundesrepublik und Frankreich unausweichlich werden. Das vorwiegende Interesse der Weltmächte am INF-Vertrag lag darin, die Gefahr einer unkontrollierbaren Eskalation im Falle eines Konfliktes in Mitteleuropa zu reduzieren, und insofern dürfte das Interesse zumindest der USA an einer dritten Null-Lösung schwach sein. Doch vor allem nach dem Wegfall der Optionen "mittlerer Reichweite" dürfte das Interesse der potentiellen "Frontstaaten" (die fast deckungsgleichen Aussagen Alfred Dreggers und Erich Honeckers zeugen davon) an einer dritten "Null" eher steigen. Aus französischer Sicht, bzw. aus der Sicht des Staatspräsidenten und einiger Sozialisten, wird zwar mittlerweile über die Funktion der Hadès kritisch nachgedacht, aber sie abzuschaffen bzw. zur Disposition zu stellen wäre ein Politikum. Abgesehen davon, daß die Sozialisten wie eh und je uneinig sind (Chevènement bleibt ein uneingeschränkter Verfechter der Hadès) und die bürgerlichen Parteien darin eine Wunderwaffe sehen, dürfte die politische Führung es kaum wagen, dem Heer ein nukleares "Mitspracherecht" zu entziehen. In jedem Fall bliebe noch die Luft-Boden-Rakete ASMP, die als zukünftiges Kernstück der Interventionskapazität in Mitteleuropa gilt und deren Entwicklung beschlossen ist. Ein zusätzliches Problem könnte die Frage der Stationierung der Hadès darstellen, wenn Frankreich auf eine Dislozierung auf deutschem Boden drängen sollte.

- In dem Maße, in dem von seiten der NATO und der Bundesrepublik ein konventionelles Gleichgewicht weniger durch einen Ausgleich der sowjetischen quantitativen Überlegenheit mit Hilfe nuklearer Kurzstreckenwaffen als durch den Abbau von angriffsfähigen Strukturen gesucht wird, scheinen zukünftige Reibungen geradezu vorprogrammiert zu sein, weil Frankreich nach wie vor das konventionelle Defizit durch Kurzstreckenwaffen ausgleichen will und von nichtangriffsfähigen Strukturen wenig hält. Der Konflikt zwischen Frankreich und der Bundesrepublik im Hinblick auf die "dual capable systems" beim Mandat über eine KRK erscheint diesbezüglich paradigmatisch.

- Frankreich ist wenig geneigt, die C-Waffen zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen, während gerade in der Bundesrepublik das Interesse an solchen Verhandlungen weiterhin groß ist. Die Formel, wonach Frankreich über ein C-Arsenal verfügen müsse, solange andere Staaten auch C-Waffen besäßen, sollte eher als Hinhaltenaktik bewertet werden. Die nun den C-Waffen attestierte "Abschreckungsfunktion" deutet eher daraufhin, daß Frankreich genauso wenig wie bei seinen Nuklearwaffen bereit ist, das C-Potential zur Disposition zu stellen.

Und schließlich könnten unausgesprochene Gründe eine Einigung im Abrüstungsprozeß erschweren. Genauso wie die französischen Befürchtungen im Umfeld der "deutschen Frage" die französischen Vorbehalte im INF-Abrüstungsprozeß nährten, bleibt trotz der Einbettung der deutschen Ostpolitik in den KSZE-Prozeß das französische Mißtrauen gegenüber einem "mitteleuropäischen Sonderweg" jederzeit abrufbar. Divergenzen bei der Definition des KRK-Mandats über die Zonen ("Mitteleuropa" oder "Atlantik bis Ural") sind auch hier paradigmatisch. Eine Nuklear- und/oder eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa sind aus französischer Sicht inakzeptabel. Darüber hinaus sind die in Frankreich als Antinomie begriffenen Konzepte von "Westeuropa" und "Mitteleuropa" Momente, die zugunsten einer Einengung der deutschen Ostpolitik auch in ihre abrüstungspolitische Komponente wirken. Gewiß funktioniert aus französischer Sicht immer noch die seit dem Schuman-Plan des Jahres 1949 verfolgte Politik der "Kontrolle durch Integration", doch in dem Maße, in dem Bewegung in die Ost-West-Beziehungen kommt, könnten neu entfaltete Ängste dem rüstungskontrollpolitischen Prozeß neue Hindernisse in den Weg stellen.

3.3 Die europäische Ebene: Westeuropäische Union, Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) und die NATO

Für Frankreich bilden aus verschiedenen Gründen (siehe unten) die deutsch-französischen Beziehungen die wichtigste Achse einer europäischen Sicherheitspolitik. Der bilateralen deutsch-französischen Zusammenarbeit wird der Vorzug gegeben, da diese nicht jenes integrative Moment ausweist, das jede Definition einer gemeinsamen westeuropäischen Verteidigungspolitik tendenziell beinhaltet und nach wie vor trotz gelegentlicher Forderungen - insbesondere aus den Reihen der UDF - nach einer "europäischen Verteidigung" etliche Widerstände hervorruft. Denn: "Paris ist nicht bereit, seine Strategie zum Gegenstand einer Diskussion ... zu machen, und vor allem in dieser Hinsicht erweist sich der bilaterale deutsch-französische Rahmen als prioritär." (54)

Doch wenngleich die "Achse Paris-Bonn" alle Priorität genießt, ist es auch für Frankreich von Interesse, die deutsch-französische militärische Kooperation in den Rahmen einer koordinierten europäischen Sicherheitspolitik einzubetten, die wiederum Bestandteil der gesamten westlichen Sicherheitspolitik ist - und zwar schon deshalb, weil Frankreich den gaullistischen "Fehler" nicht wiederholen will, die Bundesrepublik vor eine Wahl zwischen dem Bündnis und Frankreich zu stellen, deren Ergebnis ohne Zweifel nicht in Frankreichs Interesse läge. Weil aber gleichzeitig für Frankreich "der Punkt, über den hinaus die nationale Unabhängigkeitsdoktrin tangiert werden könnte, die Grenze der Konzertierung (darstellt)", (55) kann der Rahmen der Einbettung nur die WEU, "die einzige europäische Institution mit Befugnissen auf dem Gebiet der Verteidigung", sein und nicht die EPZ.

Vor diesem Hintergrund wurde 1983 die Parole der "Reaktivierung der WEU" ausgegeben, die offiziell durch die Römische Erklärung desselben Jahres verkündet wurde. Während die verteidigungspolitische Kooperation vorrangig mit der Bundesrepublik auf bilateraler Basis, d.h. dem deutsch-französischen Vertrag des Jahres 1963, vorangetrieben werden soll, soll auf europäischer Ebene die WEU als sicherheitspolitisches "Forum" fungieren. Doch wie wichtig auch immer ein solches Forum als Drehscheibe der europäischen technologischen Kooperation und als Sprachrohr westeuropäischer Interessen in Abrüstungsfragen und bündnisinternen strategischen Diskussionen sein mag, wichtig für die von Frankreich vorangetriebene Reaktivierung waren nicht zuletzt die "französischen Befürchtungen vor einer ... Gefahr: die neutralistischen Tendenzen in der Bundesrepublik". (56) Um die zusätzliche Einbindung der Bundesrepublik qua WEU zu sichern, müßte allerdings "Paris aufhören, Europa gegen das Bündnis auszuspielen". 1983 hatte F. Mitterrand dem

im Kommuniqué des Siebener-Gipfels in Williamsburg verkündete Reagan-Konzept der unteilbaren und globalen Sicherheit des Westens (mit Japan) zugestimmt. Diese Formel findet sich wieder in der Römischen Erklärung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Teilnehmerstaaten vom 23. Oktober 1984. Die WEU, die lange Zeit von Paris als Bollwerk gegen die amerikanische Vorherrschaft im Bündnis betrachtet wurde, wird nicht mehr als Konkurrenzunternehmen zur NATO, sondern als europäischer Pfeiler angesehen.

Für Paris erhielt die Reaktivierung erneut die Bedeutung, die frühere Wiederbelebungsversuche auch schon hatten, indem sie nicht selten signalisierten, daß Paris aufgrund tiefgehender Differenzen mit Washington die west-europäischen Verbündeten auf seine Linie bringen wollte. Mit der Perspektive eines INF-Abkommens hat die Reaktivierung gleichsam beide Dimensionen zusammen gebündelt. In diesem Sinn war die Anregung einer "Charta der europäischen Sicherheit" durch J. Chirac vor der WEU-Versammlung im Dezember 1986 zu sehen.

Frankreich stand mit seiner harten Position gegen eine Null-Lösung ziemlich allein da, und trotz der nach außen vorgetragenen Harmonie könnte die außerordentliche Tagung der Außen- und Verteidigungsminister im April 1987 nicht darüber hinwegtäuschen, daß "die Franzosen auf die "Risiken", die übrigen Partner auf die 'Chance' einer Null-Lösung hinwiesen". (57) Paris quittierte den fehlgeschlagenen "Reaktivierungs"-Versuch mit kaum verhüllter Enttäuschung. (58) Und seitdem zeichnet sich eine Tendenz ab, die zwar keinen Verzicht auf die WEU als Instrumentarium der Durchsetzung französischer Interessen bedeutet, gleichwohl aber auf die Grenzen einer solchen Instrumentalisierung in einer Konstellation hinweist, in der Frankreich relativ isoliert dasteht. (59)

Gegenüber dem Bündnis hat sich die französische Position ohne Zweifel "entkrampft". Die Phase der "Splendid Isolation" ist längst überwunden. Gleichwohl denkt niemand in Paris daran, in die NATO-Integration zurückzukehren. Das Dogma der freien Entscheidungsgewalt über den Einsatz von Kernwaffen bleibt nach wie vor unangetastet. Paris braucht das Bündnis, unterhält gute Beziehungen zu ihm, nimmt an NATO-ACCS (Air Command and Control System) teil, bezieht allerlei Informationen zugunsten seiner eigenen Verteidigung, bleibt aber nach wie vor der "Trittbrett-Fahrer" (W. Schütze) der Allianz.

Gewiß werden in diesem "Dreiecksverhältnis" die aus der Inkompatibilität der NATO- und der französischen Strategie sowie aus französischer Empfindlichkeit im Hinblick auf Frankreichs Status als nicht-integriertes Bündnismitglied resultierenden Probleme eher auf seiten der dann zwi-

schen zwei Vertragsloyalitäten (NATO-Integration und deutsch-französischem Vertrag) zerrissenen Bundesrepublik liegen. Paris, das nie einen Hehl - auch in der Perspektive eines INF-Abkommens - aus seinem Festhalten an einer Strategie eines relativ schnellen Einsatzes von Nuklearmitteln gemacht hat, und als nicht-integriertes Mitglied seine Strategie selbst und allein bestimmt, braucht in der Tat weniger als die vollintegrierte Bundesrepublik Spannungen mit dem Bündnis zu fürchten. Sollten auch Spannungen infolge eines Loyalitätskonflikts für die Bundesrepublik entstehen, würden sie entweder die Beziehungen zwischen Bonn und Paris oder zwischen Bonn und dem Bündnis belasten, aber wahrscheinlich nur in zweiter Linie zwischen Paris und der NATO. Denn nicht Frankreich befände sich "zwischen zwei Stühlen".

3.4 Französisch-britische Nuklearkooperation

Schon in seinem Positionspapier zur Europäischen Sicherheit vom Sommer 1985 erwähnte der sozialistische Parteivorstand eine "französisch-britische Nuklearkooperation". (60) Ohne Zweifel ist für die Sozialisten wie für die beiden bürgerlichen Parteien aus den in dieser Analyse genannten Gründen erst einmal die Kooperation mit der Bundesrepublik vorrangig. (61) Das INF-Abkommen hat aber die französische Motivation für eine Annäherung an Großbritannien erheblich gestärkt. Gemeinsame Interessen sind zutage getreten. Vor allem aber sind es strategische Überlegungen, die die Annäherungsversuche motivieren. Frankreichs Strategie war in einem Kontext konzipiert worden, der die NATO-Rückendeckung voraussetzte. Unter dem Schirm der NATO-Nuklearkapazität sollte die auf dem Grundsatz der Unberechenbarkeit beruhende französische Strategie eine zusätzliche Abschreckungswirkung zugunsten Frankreichs erzielen, weil der Gegner sich nicht auf die relative Kalkulierbarkeit der flexiblen Erwiderng der NATO verlassen können. Dem Grundsatz der Unberechenbarkeit lag die stets von Frankreich für sich reklamierte Option auf den first use zugrunde. Diese war aber keine operative Option außerhalb des Kontexts der NATO-Verteidigung. Vor allem jedoch stellte das NATO-Potential eine derjenigen des Gegners ebenbürtige Zweitschlagskapazität dar, die einen unmittelbaren Vergeltungsschlag des Gegners hätte abschrecken können. Frankreichs Strategie betont zwar die Autonomie des Einsatzes, in ihrer Handhabung ist sie aber auf das Bündnis angewiesen.

Der Wegfall einiger Nuklearkoptionen in der flexiblen Erwiderng infolge des INF-Vertrages zwingt Frankreich dazu, entweder die first-use-Option ohne Rückkopplung zu der NATO-Abschirmung aufrechtzuerhalten oder auf die first-use-Option zu verzichten. Ohne Rückkopplung zum

NATO-Potential wäre eine französische first-use-Option unglaublich; sie würde überdies zur Selbstabschreckung degenerieren. Ein Verzicht auf die first-use-Option bedeutet aber den Verzicht auf einen Bestandteil der Abschreckungsdoktrin. Eine Beschränkung der Einsatzdoktrin allein auf den Zweitschlag würde darüber hinaus den französischen Nuklearwaffen jene Abschreckungswirkung auf konventioneller Ebene entziehen, die sie infolge der eigenen konventionellen Defizite erhalten haben. Für Frankreich droht also eine Situation, in der es sich aufgrund sowohl seiner begrenzten Nuklearkapazität als auch der Verkopplung zwischen den taktischen und den strategischen Mitteln stärker vor die Wahl zwischen Ohnmacht und Selbstmord gestellt sehen würde. Selbst wenn sich Frankreich in Richtung auf eine Strategie der flexiblen Erwidern bewegen würde, so sind seine Mittel doch zu beschränkt, um an die Stelle der NATO zu treten. (62) Daher gewinnt das Konzept einer europäischen Verteidigung, dessen Kern vom französischen und britischen Nuklearpotential gebildet würde, wieder an Kontur. "Die geballte Zerstörungskapazität beider Potentiale" - schreibt General Fricaud-Chagnaud - "könnte 50 % des sowjetischen industriellen Potentials zerstören, und die Sowjetunion würde auf keinen Fall eine solche Schwächung seiner industriellen Kapazität durch einen Angriff auf Europa riskieren, zumal sie mit einem zusätzlichen amerikanischen Erwidernsschlag rechnen müßte". (63)

Auch die französischen Befürchtungen vor einer dritten Null-Lösung und einem Abzug amerikanischer Truppen aus Europa stellen eine zusätzliche Motivation dar, britische Intentionen zu sondieren und die Idee des europäischen Pfeilers zu reaktivieren.

Erste Annäherungsversuche mit dem Ziel einer militär-strategischen Kooperation mit Großbritannien hatte es auf französischer Seite schon in der frühen gaullistischen Ära gegeben, als Frankreich seine Nuklearkapazität aufbaute. Doch die Verhandlungen scheiterten, nicht zuletzt, weil Großbritannien seinen privilegierten Beziehungen zu den USA den Vorzug gab. Die nach dem INF-Vertrag entstandene vergleichbare Interessenlage zwischen beiden Ländern dürfte - wie von französischer Seite erwartet wird - neue Anknüpfungspunkte schaffen. In der Tat finden seit Monaten regelmäßig bilaterale Gespräche statt, und die Londoner "Times" sprach nach dem Treffen zwischen dem französischen Verteidigungsminister Giraud und seinem britischen Kollegen im Oktober 1987 sogar von einem möglichen beispiellosen Durchbruch in der nuklearen Kooperation beider Länder. (64) Nach einem neuen Treffen im Dezember 1987 sprach die Pariser "Le Monde" sogar von einem "Vorhaben, das den Anfang der französisch-britischen Konzertierung im Hinblick auf die europäische Sicherheit" darstelle. (65) Vorgesehen seien - Presseberichten zufolge - koordinierte Patrouillen der Atom-U-Boote sowie auf der Ebene der Rü-

stungskooperation die Herstellung einer U-Boot-Rakete, die die Trident auf britischer und die M-5-Rakete auf französischer Seite um die Jahrtausendwende ersetzen könnte. (66) Der selben Quelle zufolge soll auch ein Abkommen über die "militärische Sicherheit" des künftigen Tunnels unter dem Ärmelkanal unterzeichnet worden sein.

Sollte tatsächlich eine Entscheidung im Hinblick auf die Herstellung eines gemeinsamen Nachfolgesystems für Trident und M-5 zustandekommen, würde damit auf dem Gebiet der Rüstungskooperation ein Trend umgekehrt: Denn nach einigen Kooperationsprogrammen in den 60er/70er Jahren war diese faktisch zum Stillstand gekommen.

Doch eine wiederangekurbelte Rüstungskooperation - selbst im Nuklearbereich - ist noch keine militärstrategische Zusammenarbeit, wenngleich sie die Bedingungen dafür schaffen kann. Die britische Weigerung, das von den USA erhaltene nukleare Know-how an Frankreich weiterzuleiten, war einer der Gründe, weshalb die Annäherungsversuche der frühen 60er Jahre schließlich scheiterten. Doch die jetzige "Parität" auf diesem Gebiet dürfte eine Zusammenarbeit erleichtern. Das Haupthindernis auf dem Weg zu einer militärstrategischen Kooperation bleibt aber Frankreichs Sonderstatus in der NATO. Großbritannien dürfte auf keinen Fall bereit sein, eine militärstrategische Kooperation zu akzeptieren, die aus seiner Sicht einer Schwächung des Bündnisses gleichkäme. Die diesbezüglichen Warnungen von Premierministerin Thatcher im Hinblick auf die deutsch-französische militärische Kooperation lassen keinen Zweifel daran. Die Schaffung eines europäischen Pfeilers innerhalb der NATO stößt aber an den französischen Grundsatz der autonomen Entscheidungsgewalt über das eigene Nuklearpotential, selbst wenn die Inkongruenzen zwischen der bisherigen französischen Nuklearstrategie und derjenigen des Bündnisses durch eine Wende der französischen Strategie in Richtung auf eine flexible Erwidmung beseitigt werden sollten. Eine Rückkehr Frankreichs zum integrierten Oberkommando des Bündnisses steht aber keineswegs zur Debatte.

Darin scheinen die Gründe zu liegen, die trotz der Wiederaufnahme der bilateralen Gespräche und der Intensivierung der politischen Kooperation im Rahmen der WEU die Grenzen für eine französisch-britische militärstrategische Kooperation setzen, die weit über eine neue Kooperation auf dem Gebiet der Rüstungsbeschaffung - selbst von nuklearen Rüstungssystemen - hinausgehen würde. Wenngleich nach dem INF-Vertrag der Ruf nach einer "europäischen Verteidigung" in Frankreich stärker geworden ist und - bis auf die KPF - in allen politischen Formationen seine Verfechter findet, hat kaum jemand eine Lösung parat, wie der Grundsatz der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität mit der Vorstellung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung zu vereinbaren wäre.

Mag also der INF-Vertrag eine Annäherung zwischen Paris und London ermöglicht haben, die ihren Niederschlag auf dem Gebiet der Rüstungsbeschaffungskooperation - sogar im nuklearen Bereich - findet, eine militärstrategische Kooperation als Vorstufe einer Europäisierung der europäischen Verteidigung wird solange nicht in Sicht sein, wie von französischer Seite eine Revision einiger Prämissen der eigenen Verteidigungspolitik nicht vollzogen wird. Wenngleich die nukleare Rüstungsbeschaffungskooperation aus finanziellen Erwägungen für Frankreich zunehmend an Bedeutung gewinnen kann und Frankreich darüber hinaus die Hoffnung haben kann, dadurch in der Abrüstungsproblematik gegebenenfalls auch gegenüber den USA Schützenhilfe zu bekommen, gehen die französischen Anstrengungen nach dem INF-Vertrag viel stärker in Richtung Bundesrepublik.

3.5 Deutsch-französische sicherheitspolitische Kooperation

3.5.1 Rüstungszusammenarbeit

Die deutsch-französische Rüstungskooperation kann schon auf fast drei Jahrzehnte zurückblicken, da die ersten Programme schon - allerdings in multinationaler Kooperation und im NATO-Rahmen - 1957 anliefen. (67) Die ersten bilateralen Programme entwickelten sich nach dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrags des Jahres 1963. Es waren die immer noch als Paradebeispiele deutsch-französischer Rüstungszusammenarbeit genannten Programme Milan, Hot, Roland und das - allerdings als solches weniger bekannte - Exocet-Programm sowie der gemeinsam konzipierte Transall-Transporter (als Nachfolger der unter Lizenz von der Bundesrepublik gebauten Noratlas), das Schulflugzeug Alpha-Jet und der Seeaufklärer Bréguet Atlantic.

Der Impuls zur Rüstungskooperation war - zumindest auf französischer Seite - mehr wirtschaftlicher als politischer Natur, während es - neuen Erkenntnissen zufolge - die Bundesrepublik war, die der Zusammenarbeit mit Frankreich aus politischen Überlegungen den Vorzug gegeben hat. (68) Unter betriebswirtschaftlichen Aspekten waren es die Notwendigkeit der Serienproduktion sowie die sich für den einen oder anderen Partner - meistens für die Bundesrepublik aufgrund ihrer Exportrestriktionen eröffnenden neuen Absatzmöglichkeiten und schließlich ein erhoffter Technologietransfer zwischen beiden Seiten, die die Kooperation bestimmten.

Doch hat sich neuerdings, diesmal von französischer Seite, eine politische Dimension in dem Maße herausgebildet. Wenngleich eine wenig auf-

fällige, aber konstante und umfangreiche Kooperation in Teilbereichen sich durchaus sehen lassen kann (69), haben nicht nur das Nichtzustandekommen des von französischer Seite begehrten gemeinsamen Panzers, sondern auch des militärischen Beobachtungssatelliten und nach langen Verhandlungen das schließliche Ausscheiden Frankreichs aus dem multinationalen Projekt des europäischen Kampfflugzeugs Anzeichen von Verstimmung auf französischer Seite hervorgerufen. Denn man hatte sich mit Hilfe dieser Projekte nicht nur technologische und finanzielle Vorteile erhofft, sondern wäre auch auf psychologischer Ebene gerne mit vorzeigbaren Prestigeobjekten der deutsch-französischen Zusammenarbeit aufgetreten. Schließlich haben das lange Hin und Her Bonns in Sachen SDI-Beteiligung sowie das zögernde, nicht immer widerspruchsfreie Engagement der Bundesregierung bei EUREKA Spuren von Unzufriedenheit hinterlassen. Die Bundesrepublik, heißt es in Paris, gäbe in Konfliktfällen regelmäßig den transatlantischen Geschäften den Vorzug.

Freilich hat sich auch im Laufe der letzten Jahre in Frankreich die Tendenz verstärkt, zunehmende finanzielle Engpässe durch deutsch-französische Zusammenarbeit lösen zu wollen, während aus deutscher Sicht eventuelle Vorteile des Technologie-Transfers keine so große Bedeutung mehr besitzen, da die deutsche Luftfahrtindustrie, die durch die Nachkriegsrestriktionen der französischen gegenüber zunächst deutlich unterlegen war, inzwischen kräftig aufgeholt hat. Das Nichtzustandekommen der deutschen Beteiligung am Beobachtungssatelliten dürfte auch unter diesen Prämissen betrachtet werden. Das Scheitern der Zusammenarbeit mit Frankreich am European Fighter Aircraft-Projekt hat darüber hinaus die "nahezu perfekte Austauschbarkeit der Kooperationspartner" (70) demonstriert. Eine wirtschaftlich und daher innenpolitisch bedingte zunehmende Unflexibilität der französischen Seite in Kooperationsverhandlungen dürfte sich deshalb im allgemeinen negativ auf das Zustandekommen größerer Projekte auswirken.

Gewiß kann von deutscher Seite die von Paris eingeführte politische Dimension nicht völlig unberücksichtigt bleiben. Das im BMVg lange umstrittene PAH-2-Projekt (Panzerabwehrhubschrauber) liefert - zumindest dem Anschein nach - ein Beispiel dafür. Kann Frankreich im Zeichen der Null-Lösungen nun der angestrebten stärkeren Rüstungskooperation mehr politischen Nachdruck verleihen? Sollte eine weitergehende Null-Lösung zu einer stärkeren Abhängigkeit der Bundesrepublik von einer - wie auch immer definierten - französischen nuklearen Zusatzgarantie führen, könnte Paris wahrscheinlich in der Tat diese für Frankreich günstige Position für eine Intensivierung der Rüstungskooperation nutzen.

Schon in seinem Diskussionspapier über die europäische Sicherheit vom Sommer 1985 - also lange vor Reykjavik - hatte der Vorstand der Sozialistischen Partei eine Art Tauschgeschäft zwischen französischer Garantie und Intensivierung der deutsch-französischen Rüstungskooperation als Gegenleistung angemahnt. (71) Und vor kurzem wiederholte G. Fuchs, Vorstandsmitglied der S.P., diese Forderung mit Nachdruck, indem er einerseits eine französische Nukleargarantie für die Bundesrepublik anregte und "als Gegenleistung das Zugeständnis einer wirklichen Kooperation im Rüstungssektor und insbesondere auf jenem Gebiet, das für die Zukunft eine Schlüsselfunktion besitzt, dem Weltraum", verlangte. (72)

Eine Ankurbelung der Rüstungskooperation mit den europäischen Partnern im allgemeinen könnte - so eine neuerdings bei der Délégation Ministérielle de l'Armement (DMA) verbreitete und von sozialistischer Seite inspirierte Vorstellung (73) - durch das Konzept eines "militärischen EUREKA" erreicht werden. Die Unterzeichnung der "Einheitlichen Europäischen Akte" im Februar 1986, die die Abschaffung der letzten Barrieren vor der Verwirklichung eines gemeinsamen europäischen Marktes bis 1992 vorsieht, wird nach der Ansicht des Verteidigungsministeriums eine neue Situation schaffen, wemgleich der Rüstungsbereich nicht wirklich mit eingeschlossen ist.

Ähnlich dem zivilen "EUREKA"-Konzept, das übrigens auch einige militärische Komponenten aufweist (insbesondere auf den Gebieten der Optik, der Laser-Technologie und der Elektronik), was seinerzeit "Vorbehalte" in Bonn hervorgerufen hatte, hätte für Paris ein "militärisches EUREKA" in erster Linie den Vorteil, eine europäische Finanzierung von Programmen, die die französischen Ressourcen übersteigen, zu ermöglichen. Wemgleich in diesem Zusammenhang zunächst nur die in der DMA schon lang gehegte Vorstellung einer Art nationaler bzw. binationaler Spezialisierung der Rüstungsproduktion auf europäischer Ebene - französisch-britische Kooperation auf dem Marinesektor, deutsch-französische Kooperation auf dem Gebiet der Heeresrüstung und der Luftabwehr - als Zielvorstellung präsentiert wird, (74) ist anzunehmen, daß Paris mit einem "militärischen EUREKA" auch ganz andere Vorstellungen verbindet. Insbesondere auf dem Gebiet der Forschung und Erprobung in Teilbereichen der SDI-Technologie könnte Paris im Rahmen eines militärischen EUREKA finanzielle Unterstützung suchen.

Zwar hatte seinerzeit der damals zuständige Verteidigungsminister und Initiator der Forschungsprogramme, Ch. Hernu, eine europäische Kooperation erst in einer späteren Phase für möglich gehalten. Letzten Endes sind aber finanzielle Imperative auch Imperative. Damit würde freilich ein "militärisches EUREKA" unausweichlich zum Konkurrenzunternehmen von

SDI werden. Da ein derartiger, zwar nie ausgesprochener und sogar verneinter, aber doch irgendwie vorhandener Konkurrenzzusammenhang zwischen dem amerikanischen SDI-Angebot und EUREKA (zivil) seinerzeit schon für Mißtöne und Verstimmungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gesorgt hatte, ist es schwer vorstellbar, daß - sollte EUREKA(-militärisch) tatsächlich die Weltraumtechnologie ansteuern - die deutsch-französische Zusammenarbeit dadurch nicht einer noch größeren Belastungsprobe ausgesetzt würde.

Die Definition eines militärischen EUREKA-Konzepts dürfte auf jeden Fall der von Frankreich in die Rüstungskoooperation eingeführten politischen Komponente noch kräftig Vorschub leisten. Damit könnte Paris noch verstärkt an die "europäische Gesinnung" seiner Partner - und nicht zuletzt der Bundesrepublik - appellieren. Das könnte ein gelungener Gegenzug Frankreichs gegen die zunehmende Austauschbarkeit der Partner in der Rüstungskoooperation sein.

3.5.2 Sicherheitspolitische Zusammenarbeit

Anläßlich des Wahlkampfes im Sommer 1985 fand bei den drei maßgeblichen Parteien (Gaullisten, UDF und Sozialisten) ein Überdenken der Prämissen der französischen Verteidigungspolitik statt. Die Revision galt zwar nicht der Position Frankreichs zum Bündnis, aber der Rolle Frankreichs in Europa und insbesondere den Beziehungen zur Bundesrepublik. Eine stärkere Anbindung der Bundesrepublik könnte - so die weitgehend einhelligen Überlegungen - nur durch ein stärkeres Engagement Frankreichs in Mitteleuropa erfolgen. Die Notwendigkeit eines stärkeren Engagements, ohne an die Sonderposition im Bündnis zu rühren und vor allem ohne den Grundsatz der Eigenbestimmung zum nuklearen Einsatz preiszugeben, geriet dennoch in die Nähe der Quadratur des Kreises. Die fast vollständige Austauschbarkeit der verwendeten Formeln zur Beschreibung des geforderten neuen Engagements (alle drei Papiere führen das Stichwort "Solidarität" aus) konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Konzepte für die Bundesrepublik entweder inakzeptabel (so das UDF-Konzept der operativen nuklearen Kriegsführung auf deutschem Boden) (75) oder von keiner nennenswerten neuen Qualität (gaullistische Überlegungen) oder recht nebulös, gar widersprüchlich - wie bei den Sozialisten - anmuteten. Der "Glacis-Gedanke" gegenüber der Bundesrepublik ragte allemal - und noch deutlicher in den Zielvorstellungen der bürgerlichen Parteien - wie ein altes Sediment hervor. Eine nukleare Zusatzgarantie, d.h. einen Automatismus des Einsatzes zugunsten der Bundesrepublik, war das alles nicht. Der sozialistische Parteivorstand, der sich - wenngleich unter Deckung - am weitesten in eine solche Richtung vorge-

wagt hatte, verzichtete gleich darauf, seine Vorstellungen der Partei zur Verabschiedung vorzulegen. Ein klärendes Wort F. Mitterrands erinnerte auch bald daran, daß es keinen Automatismus des Einsatzes von strategischen Waffen zugunsten Dritter geben könne und daß selbst im Bündnis ein derartiger Automatismus nicht existiere.

Im Kontext der Debatte um die doppelte Null-Lösung wurde eindringlicher denn je auf der politischen Ebene in einem überparteilichen Konsens die deutsch-französische Zusammenarbeit, die verteidigungspolitische "deutsch-französische Achse" (F. Fillon, gaullistischer Vorsitzender des Verteidigungsausschusses), gefordert. Weil Frankreich im Licht des sich anbahnenden "nuklearen Disengagements" die einzige übrigbleibende kontinentale Nukearmacht sei, wachse seine Verantwortung hinsichtlich der Verteidigung Europas - schreibt F. Fillon - und fügt hinzu: "Die nukleare 'splendid isolation' würde einer de facto 'Finnlandisierung' gleichkommen, wenn die neutralistischen Kräfte in Deutschland die Oberhand gewinnen würden. Es gibt keine andere Wahl als die Verstärkung der deutsch-französischen Achse". (76)

Doch die Vorstellungen über Form und Inhalt, über den institutionellen Rahmen, über die Beziehungen zum NATO-Bündnis, zu den anderen europäischen Partnern, über den zu leistenden Beitrag weichen weit voneinander ab. Bezogen auf die institutionelle Ebene, herrscht faktisch nur darüber Einstimmigkeit, daß eine deutsch-französische verteidigungspolitische Kooperation nicht als getarnte Rückkehr Frankreichs zur integrierten NATO-Militärorganisation mißverstanden werden sollte. Aus diesem Grund berufen sich die Parteien und die meisten Politiker auf den deutsch-französischen Vertrag des Jahres 1963 als juristische Grundlage der bilateralen Kooperation. Doch ist die in der Tat im Elysée-Vertrag vorgesehene verteidigungspolitische Dimension bisher ausgeblendet geblieben, und mit Recht unterstreicht Chirac, daß das Nachholen dieses Defizits sowohl verfassungsrechtlich als auch im "nationalen Interesse" "die Zustimmung des Staatspräsidenten und der Regierung" vorschreibe und daß es auch nötig werde, "die Parlamente... auf die eine oder andere Weise damit wieder zu befassen". (77)

Während die Parteien in der Vor-Wahlkampfperiode des Sommers 1985 einzig noch eine deutsch-französische Verteidigungskooperation auf der Grundlage des Elysée-Vertrags in Aussicht stellten, gehen inzwischen einige einen Schritt weiter. Unter dem "Schock" der "doppelten Null-Lösung" wird laut darüber nachgedacht, wie wahlweise die "europäischen Interessen", d.h. eine europäische Nuklearinterventionskapazität (bürgerliche Parteien) gewahrt oder die Verankerung der Bundesrepublik in Westeuropa (die sozialistische Partei, und zwar nach dem Motto "dop-

pelt hält besser!") durch Lösungen bis hin zu einer (west-)europäischen Verteidigungsorganisation aufrechterhalten werden können. Doch sind auch hier die Vorstellungen über den Organisationsrahmen wie über die Beziehungen zum Bündnis fast genauso zahlreich wie die Vorschläge selber.

Sowohl Außenminister Raimond als auch Premierminister Chirac nennen die WEU als institutionellen Rahmen einer künftigen "europäischen Verteidigung". Und J. Chirac weist dabei auf die vor der WEU-Versammlung im Dezember 1986 von ihm angeregte "Charta" hin. Für J.B. Raimond sollte dieser europäische Pfeiler vor allem dazu beitragen, daß sich die "Europäer besser mit den Amerikanern abstimmen". Der Minister "weigere sich" aber, "die Frage nach einer isolierten europäischen Verteidigung zu stellen", (78) wenngleich er zur anderen Zeit durchaus von der Notwendigkeit sprach, anstelle der nun zur Verschrottung bestimmten amerikanischen Euroraketen ein europäisches Abschreckungssystem mittlerer Reichweite zu schaffen. (79) Dagegen möchte Gérard Fuchs etwaigen deutschen "Versuchungen, einige zusätzliche Garantien von der anderen Seite" zu erhalten, sowie "der atlantischen Strömung in der gegenwärtigen parlamentarischen Mehrheit" im Rahmen einer "europäischen Verteidigung" entgentreten, die - zwar nicht explizit gesagt, doch implizit gemeint - eher autonom sein sollte. (80) Ganz explizit für eine autonome "europäische Verteidigung" im Rahmen einer "europäischen Konföderation", die "anstelle der 'amerikanischen Verteidigung Europas' treten" und u.ä. "die Anziehungskraft Osteuropas auf Deutschland ausgleichen" sollte, spricht sich der Wortführer des linken Flügels der PS und Vorstandsmitglied J.-P. Chevènement (81) aus. Auch für den, dem rechten - und eigentlich "atlantischen" - PS-Flügel nahestehenden Direktor von Le Monde, A. Fontaine, der gleichfalls fürchtet, daß es im deutschen Interesse sein könnte, "sich der UdSSR, deren Gewicht auf die Entwicklung der DDR ohnehin entscheidend ist, anzunähern", ist es höchste Zeit, daß sich Europa "zwischen Amerika, auf das immer weniger Verlaß ist, und einer plötzlich erwachenden Sowjetunion die Mittel gibt, auf sich selbst zu setzen". (82)

Noch haben die Parteien den Schritt der "Vordenker" nicht nachvollzogen, und schon in der Vergangenheit sind z.B. J. Chirac einige europäische "Vorstöße" von der eigenen Partei "vermasselt" worden. Auch das Konzept einer autonomen europäischen Verteidigung ist selbst bei den Sozialisten alles andere als allgemeines Gedankengut.

3.5.3 Das Problem der französischen Nuklearstrategie

Nicht weniger divergierend sind die Vorstellungen hinsichtlich der militär-strategischen Kooperation. Der Konsens im Hinblick auf eine verteidigungspolitische Kooperation mit der Bundesrepublik beschränkt sich auf den Grundsatz ihrer Notwendigkeit. Über dem zu leistenden Beistand, die anzuwendende Strategie, die Einsatzkonzepte, den Zeitpunkt des Engagements, eine eventuelle Teilnahme an der Vorverteidigung, gibt es keinerlei Übereinstimmung.

Als einen "Beitrag zur Vorverteidigung" wollen es die Gaullisten auf jeden Fall nicht verstanden wissen: "Dies setzt voraus", schreibt F. Filion, "daß wir die Legitimität der Vorverteidigung... anerkennen. Es bedeutet nicht, daß die Verteidigung Frankreichs nun an der Elbe stattfinden sollte, sondern daß wir bereit sind, genügend Mittel zu unterhalten und einzusetzen, um unsere Freunde in ihrem Kampf zu unterstützen." (83) Und weil hingegen die konservativ-liberalen (UDF) Bündnispartner der Gaullisten in der Regierungskoalition durchaus zum "Vorverteidigungsbeitrag" neigen, fühlte sich der ehemalige Premierminister und Präsidentschaftskandidat R. Barre erneut zur Gratwanderung veranlaßt: "Wir müssen uns zu unserer Verantwortlichkeit im Bündnis und insbesondere in Abstimmung mit der Bundesrepublik Deutschland bekennen... Was wir erhalten müssen, ist unsere Entscheidungsfreiheit." (84)

Allenfalls darüber scheint mittlerweile - auch nach diskreten Sondierungen Bonns in dieser Richtung - Übereinstimmung zu herrschen, daß ein Automatismus für den Einsatz von strategischen Waffen zugunsten eines anderen Landes mit der französischen Strategie weiterhin nicht zu vereinbaren sei. Sicherlich nicht von ungefähr beantwortete - nach der jüngsten Erklärung Ministerpräsident Chiracs, wonach Frankreich im Falle eines Angriffs ohne Vorbehalt der Bundesrepublik beistehen werde - Regierungssprecher Ost eine Frage, ob die Erklärung nun auch den Einsatz französischer Nuklearwaffen betreffe, mit den Worten: "Dies ist Sache des französischen Präsidenten". (85) Indes kann sich das Konzept der sozialistischen Vordenker einer "autonomen europäischen Verteidigung", wenngleich sie - wie bei J.P. Chevènement - "auf dem Konzept der Kriegsverhütung und nicht der Kriegsführung" beruhen sollte, kaum an der Frage nach der "Garantie" vorbeimogeln. (86)

Eine Lösung der leidigen Frage nach der "Garantie" scheinen wiederum andere darin zu suchen, daß sie den "Abschreckungsbeitrag" allein auf die operative nukleare Komponente (und da kommt ihnen die Umbenennung der taktisch-nuklearen Systeme in "prästrategische" Waffen gelegen) reduzieren. So der von G. Fuchs gemachte Vorschlag einer "operati-

ven Minimalabschreckung" mit einer eventuellen Stationierung französischer "prästrategischer" Systeme in der Bundesrepublik, die als "Materialisierung" des Risikos für den Angreifer gelten sollen. (87) Ebenfalls in diese Richtung gingen die Vorschläge des der Sozialistischen Partei nahestehenden Verfassungsrechtlers M. Duverger: "Paris könnte z.B. Trägerraketen, die Bonn imstande wäre zu entwickeln, mit nuklearen Sprengköpfen ausrüsten. Eine solche Konstruktion würde eine Abschreckung des Schwächeren gegenüber dem Stärkeren bilden, die sich über Hamburg und München hinaus erstrecken würde." (88) Auch aus den Reihen der traditionellen "Atlantiker" wird ebenfalls eine Stationierung französischer Kurzstreckenraketen in der Bundesrepublik nicht zuletzt aufgrund des damit intendierten Automatismus und Beitrags zur NATO-Vorneverteidigung erwähnt. (89) Und es ist in gewisser Weise pikant, daß gerade die Suche nach einer Art "Automatismus", der nicht von vornherein Frankreichs Überleben aufs Spiel setzen würde, nun eine Konvergenz zwischen den sog. "Atlantikern" und deren eingeschworenen Gegnern hervorruft.

Doch auch auf die prästrategische Komponente reduziert ist ein "Automatismus" alles andere als konsensfähig. Insbesondere bei den Sozialisten, deren Diskussionspapier des Jahres 1985 nicht zuletzt deshalb auf der Strecke geblieben war, haben P. Boniface und F. Heisbourg die Frage nach einer eventuellen Stationierung französischer prästrategischer Waffen auf deutschem Boden auch aus strategischen Gründen kritisch behandelt. (90) Ohne Zweifel stand für den damaligen Verteidigungsminister Hernu die Schaffung der FAR (schnelle Eingreiftruppe) im Rahmen der Heeresreform in Zusammenhang mit dem Versuch, ein rasches Engagement zu ermöglichen, ohne damit irgendeine Art von nuklearem Automatismus zu intendieren. Auch Ministerpräsident Chirac, der in seiner jüngsten Rede vor dem Pariser Institut für Fragen der Nationalen Verteidigung (IHEDN) von einem "sofortigen und vorbehaltlosen" Eingreifen an der Seite der Bundesrepublik gesprochen hatte, erntete unmittelbare Kritik vom sozialistischen Parteiführer Jospin. "Leichtfertig" sei die Aussage, der Zweifel über den Zeitpunkt des nuklearen Eingreifens Frankreichs müsse bestehen bleiben. (91)

Darüber hinaus besteht weiterhin Dissens über Rolle und Funktion eines eventuellen Einsatzes taktisch-nuklearer Systeme auf deutschem Boden. Während die meisten Sozialisten und die orthodoxen Gaullisten diese Interventionskapazität doch noch irgendwie an eine strategische Drohung gebunden wissen wollen, sind zweifellos diese operativen Nuklearwaffen für die Heeresführungskreise sowie für die Neo-Gaullisten "unbestritten...der wesentliche Abschreckungsfaktor" - so F. Fillon (92) - gegen Truppenkonzentrationen. Die UDF-Partner der Gaullisten sehen darin

auch eine bessere Artillerie. Indes ist es auch in Paris nicht völlig verborgen geblieben, daß ein Einsatzkonzept französischer Kurzstreckenraketen in Bonn "schwerwiegende Fragen der Beunruhigungen" - so H. Alphandéry vom Centre Démocrate - hervorgerufen hat. Wenngleich H. Alphandéry weiterhin für einen "Beitrag zur Vorverteidigung" mit den Neutronenwaffen, die im Prinzip zur Ausrüstung der Hadès-Systeme ab 1992 vorgesehen sind, plädiert (93) (die endgültige Entscheidung wird allerdings bisher vom Staatspräsidenten blockiert), zieht es nun der Außenminister - zumindest öffentlich - vor, sich nicht festzulegen: "Das Thema ist nicht aktuell. Zu diesem Thema gibt es im Augenblick überhaupt keine französische Stellungnahme... Aber Abschreckung bedeutet auch, der Ungewißheit Raum zu lassen". Und er verwies im übrigen auf die Schnelleingreiftruppe FAR und auf die konventionellen Streitkräfte: "...und von Anbeginn eines Konflikts sind die konventionellen französischen Streitkräfte zudem die größte Reserve des westlichen Bündnisses". (94) Die Befürworter eines Engagements mit nuklearen Interventionsmitteln versuchen nun eine Art Rückversicherung in Bonn zu finden, indem sie - wie F. Fillon - auf das Konsultationsverfahren hinweisen. Oder sie regen, wie der Vorsitzende der gaullistischen Fraktion der Nationalversammlung und ehemalige Verteidigungsminister P. Messmer sowie der ehemalige sozialistische Verteidigungsminister C. Heranu ein sog. "Doppelschlüssel-System" (d.h. mit der Möglichkeit eines deutschen "Vetos") an. (95)

Die Beruhigungsoffensive hatte Staatspräsident Mitterrand in Bonn mit seiner Bemerkung gestartet, Frankreichs Nuklearstrategie sei gegen den Aggressor und nur gegen ihn gerichtet. Ministerpräsident Jacques Chirac fügte nun hinzu, im Falle der Bedrohung der lebenswichtigen Interessen Frankreichs solle ein erster nuklearer Schlag mit "prästrategischen Waffen" nicht auf deutschen Boden, sondern tief in den gegnerischen Raum hinein geführt werden. Dazu könnten die neuen nuklearen Luft-Boden-Raketen (ASMP) dienen, die von Flugzeugen aus abgeschossen werden und eine Reichweite von 300 km haben. (Auch Mitterrand soll sich kritisch über die "Hadès" geäußert haben.) Es bleibt jedoch dahingestellt, ob Jacques Chiracs Äußerungen wirklich geeignet sind, die Bedenken auf deutscher Seite auszuräumen. Denn gerade in der Tiefe des gegnerischen Raums - was im Klartext nur die DDR sein kann - eingesetzt, werden die "prästrategischen Waffen" erst recht ausschließlich Mittel der nuklearen Kriegsführung. Und gerade diese Vorstellung dürfte auch in Bonn auf wenig Gegenliebe stoßen. Das noch in der "Loi de programmation" verankerte "Sowohl-als-auch" über die Funktion der prästrategischen Nuklearwaffen ("Letzte Warnung" vor dem strategischen Einsatz oder Interventionsmittel) wäre nun eindeutig in der Richtung der durch die konventionellen Defizite geschaffenen 'Sachzwänge' zu interpretieren.

Wie - darüber hinaus - die zugrundeliegende Inkongruenzen zwischen der französischen und der NATO-Strategie im Konfliktfall zu überwinden wären, bleibt weitgehend im Dunkeln. Das bereits abgehaltene gemeinsame Manöver "Kecker Spatz" scheint auf jeden Fall das anschauliche Beispiel einer strategischen Kakophonie geliefert zu haben. Ob der nun beschlossene deutsch-französische Verteidigungsrat jene ihm gestellte Aufgabe der Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie gerecht werden kann, muß bezweifelt werden, solange die Bundesrepublik voll integriertes NATO-Mitglied ist, während Paris "nicht im Traum daran denkt, je in den gemeinsamen Oberbefehl zurückzukehren". (96) Es gibt keine "Interoperabilität" der Strategien. Die "Zusatzgarantie" könnte im Konfliktfall leicht zum "Sicherheitsrisiko" werden - trotz des viel besagten Konsultationsverfahrens, das wie alle ähnliche Einrichtungen seine Grenzen dort finden würde, wo unterschiedliche Interessen, Zeitdruck und schließlich Machtkonstellationen die Oberhand zu gewinnen drohen.

3.5.4 Konventionelle Zusammenarbeit

Vor allem von wissenschaftlicher Seite schlagen Kenner der deutschen Situation wie F. Heisbourg vor: "Was Deutschland vor allem braucht, sind französische konventionelle Kräfte, die in der Lage sind, in der Bundesrepublik zu intervenieren." Er fügte aber gleich hinzu: "Es kostet aber Geld!" (97) Weil aufgrund der budgetären Priorität der nuklearen Aufrüstung jahrzehntelang die konventionellen Streitkräfte als Stiefkind der Verteidigung behandelt worden sind, wäre ein nennenswerter konventioneller Beitrag Frankreichs nur dank einer in absehbarer Zeit kaum denkbaren Steigerung des Wehretats zu ermöglichen. Denn, was "Frankreich nun wirklich anzubieten vermag", hat DIE ZEIT vor kurzem treffend dargestellt:

"Die knapp 130 000 Mann der 1. Armee - drei Korps mit insgesamt zehn Divisionen, davon zwei mit eingeschränktem Kampfwert. Das 1. Korps in Ostfrankreich könnte nach einer gewissen Anlaufzeit der NATO Schützenhilfe leisten. Im 2. Korps sind die in Süddeutschland stationierten Truppen - gut 44 000 Mann - zusammengefaßt; eine Division ist freilich in der 600 km entfernten Stadt Limoges beheimatet. Aber die NATO kann auf das 2. Korps zählen. Schwieriger verhält es sich mit dem weniger mobilen 3. Korps, das Nordfrankreich schützt. Die 'schnelle Eingreiftruppe' (FAR): fünf Divisionen mit insgesamt 47 000 Mann, von denen jedoch... wohl nur 20 000 verfügbar wären." (98)

Seit dem Ailleret-Lemnitzer Abkommen gilt die 1. Armee als NATO-Reserve. Doch hat die vom Verteidigungsminister Hernu vor einigen Jahren durchgeführte Heeresreform mit der Herausbildung der autonomen FAR - auf Kosten der 1. Armee - zwar ein Instrument der schnellen Interventionsmöglichkeit geschaffen, der 1. Armee jedoch gleichzeitig einen Teil ihres Kampfwertes genommen. (Die bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition wollten die Reform rückgängig machen, und der Trend geht in der Tat wieder dahin, die FAR nach und nach wieder in die 1. Armee einzugliedern.) Ohnehin ist die konventionelle Ausrüstung zum großen Teil veraltet, wenngleich in einigen wenigen Bereichen High Tech bereits Eingang gefunden hat. Spitzentechnologie findet in erster Linie in den 'neuen' Bereichen C³I und Weltraum u. a. statt und wird gar vom Exporterfolg - wie mit dem RITA-Fernmeldesystem - gekrönt. Die sogenannten "traditionellen" konventionellen Sektoren wie Panzer und Schiffe sind z. T. hoffnungslos veraltet. Dazu schreibt de Weck:

"Der voraussichtliche Stand der französischen Rüstung 1991: 1100 Panzer (viermal weniger als die Bundeswehr) - die Hälfte veraltet (auch ist es ein offenes Geheimnis, daß der französische Panzer AMX nur schwerlich der Konkurrenz mit anderen europäischen Modellen standhalten kann - die Verf.); 500 Kanonen - 1/3 für Einsätze in Europa schlecht geeignet; 500 Hubschrauber - eine "ungenügende" Zahl. Und bestenfalls nur etwa hundert Flugzeuge für die Luftunterstützung der Landstreitkräfte, es sei denn, man zweigt die der Marine zugewiesenen Kampfflugzeuge ab... Die Marine... 1977 hatte sie 175 Schiffe, in zehn Jahren werden es nur noch 110 sein, wovon dann eigentlich die Hälfte abgewrackt werden müßte... In den französischen Streitkräften gibt es ein Nebeneinander von modernstem Gerät wie dem Fernmeldesystem RITA und vorsintflutlichem Material. Selbst hohe schweizerische Offiziere halten dafür, daß ihre eidgenössischen Truppen der 1. Armee Frankreichs 'haushoch überlegen' seien." (99)

Ein Teil des konventionellen Materials ist zudem von vornherein infolge der vertraglichen Verpflichtungen Frankreichs in Übersee sowie der deklarierten Politik Frankreichs, französische Interessen weltweit wahrzunehmen und zu verteidigen, sowohl europa- als auch afrikatauglich, was eine Anwendung nur unter Schönwetterbedingungen, wie sie nur selten in Mitteleuropa vorkommen, ermöglicht. Weil die "Schnelleingreiftruppe" FAR vom Verteidigungsminister Hernu nicht nur für den Einsatz in Mitteleuropa, sondern auch zur Verteidigung französischer Interessen weltweit geschaffen worden ist, könnte ohnehin bei dem realistischen Szenario einer schwerwiegenden Krise - d.h. eines sich aus der Golfregion oder aus dem Nahen Osten entwickelnden und auf Europa übergreifenden

Konflikts - ein Interessenkonflikt entstehen, der nicht unbedingt zugunsten von Europa-Mitte gelöst wäre. Auch darf an einem konsensfähigen Willen, sie zu überwinden, gezweifelt werden. Die Hinweise auf einen eventuellen Einsatz nuklearer Interventionsmittel auf deutschem Boden sind aus politischen Gründen gewiß zurückhaltender geworden. Paris ist nicht verborgen geblieben, daß selbst in den an einer deutsch-französischen militärischen Kooperation interessierten deutschen Kreisen die Kritik an einem Einsatz französischer counter-force-Waffen in der Bundesrepublik wenngleich nicht immer laut, doch durchaus ernstgemeint war und zu einer Belastung künftiger Zusammenarbeit werden könnte. Über einen "chemischen Beitrag" schweigen die Parteien so gut wie ganz. Doch wird - wie ausgeführt - im selben Rüstungsbeschaffungsgesetz 1987-1992 den C-Waffen eine zusätzliche Abschreckungsfunktion attestiert. Auch dürfte hier die Frage nach einem eventuellen Versagen der Abschreckung den Sachverhalt einer eventuellen chemischen Kriegsführung auf deutschem Boden neue Probleme aufwerfen.

Die auf eine militärstrategische Dimension reduzierte deutsch-französische Kooperation fördert - wenn sie sich nicht in eine übergreifende sicherheitspolitische Kooperation einbettet - im Grunde genommen die Persistenz des "Glacisdenkens". Weil es auf dieser Ebene und trotz aller Solidaritätsbekundungen um das Überleben einer jeden Nation geht, bleibt wahrscheinlich in militärstrategischer Hinsicht weiterhin die Feststellung eines ehemaligen französischen Generals gültig, wonach Frankreich zwar solidarische Interessen mit seinen Verbündeten habe - aber eben nicht nur solidarische Interessen, insbesondere im Falle einer schweren Krise.

4. Schlußfolgerungen und Empfehlungen

Die doppelte Null-Lösung hat Frankreich ohne Zweifel in eine "unbequeme" Position hineinversetzt. Militärstrategisch ist diese Situation unbequem, weil mit dem Abzug der Mittelstreckenraketen die dem eigenen Potential de facto zugeschriebene "Rückversicherungsfunktion" eine geringere Glaubwürdigkeit hat. Es wird weniger eine Abkoppelung der USA befürchtet, vielmehr weiß man auch in Paris, daß Ankopplung nicht zu "erzwingen" ist. Aber trotz der als Instrument der Abkopplung denunzierten "flexiblen" Reaktion des Bündnisses hatte sich Frankreich darauf eingestellt, daß die nukleare Vorverteidigung von der NATO übernommen wird, während das eigene Potential nur im (unwahrscheinlichen) Fall eines Zusammenbruchs der Vorverteidigung in Aktion treten sollte. Wenngleich Frankreich die Option auf den "first use" für sich immer in Anspruch genommen hat, war der Anspruch eher rhetorisch, solange das nirgends festgeschriebene, dennoch immer präsenste "concept des deux

batailles", d.h. zunächst NATO-Vorneverteidigung, dann Verteidigung des nationalen Territoriums, Geltung hatte. Erfolgt aber die NATO-Vorneverteidigung weitgehend mit konventionellen Mitteln oder gar rein konventionell, was in Frankreich im Falle einer dritten Null-Lösung befürchtet wird, so degenerierte - im herrschenden französischen Verständnis - die eigene Abschreckungskapazität zur Selbstabschreckung. Selbst im Hinblick auf eine Lockerung der Verkopplung zwischen dem taktisch-nuklearen und dem strategischen Potential könnte Frankreich kaum einen "first use" (und schon gar keinen early first use) erwägen. Damit würde sich auch die Richtigkeit jener Kritik aus den eigenen Reihen (z.B. des Generals a.D. Copel) bestätigen, wonach Nuklearwaffen nur gegenüber Nuklearwaffen eine Abschreckungswirkung besitzen - zumal wenn die Zweitschlagkapazität derjenigen des Gegners deutlich unterlegen ist (einige Experten halten Frankreichs Zweitschlagkapazität angesichts der Fortschritte in der U-Boot-Ortung ohnehin für zweifelhaft). Die "Unberechenbarkeit", die Frankreichs nukleare Schwäche kompensieren sollte, jene Ungewißheit, in die der Gegner anlässlich eines möglichen Einsatzes versetzt werden und die ihn zur Vorsicht bewegen sollte, würde nicht mehr greifen.

Politisch kann ein Bedeutungsschwund der Nuklearwaffen in Europa Frankreichs Hebel in der Europapolitik abstupfen lassen, gerade hinsichtlich der französischen Befürchtungen vor einem "Abdriften" der wirtschaftlich viel dynamischeren Bundesrepublik. Vor diesem Hintergrund strebt Frankreich eine nuklearstrategische Annäherung an Großbritannien, dessen nukleare Interessen mit denen Frankreichs vergleichbar sind, und eine enge militärische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik an.

Die Probleme einer engen deutsch-französischen verteidigungspolitischen Zusammenarbeit sind offenkundig. Nach wie vor bleibt die französische Strategie in bezug auf die Bundesrepublik von Reminiszenzen an den "Glacis-Gedanken" behaftet. Frankreichs strategische Kapazität ist und bleibt in Ermangelung einer dem potentiellen Gegner ebenbürtigen Zweitschlagfähigkeit eine Waffe der "ultima ratio", die nur der Verteidigung lebenswichtigster Interessen vorbehalten sein kann - vorausgesetzt sie erliegt nicht ihrer Selbstabschreckungswirkung. In dem Maße, wie das französische Potential nun infolge der Null-Lösungen nolens volens zum first-use-Einsatz in Betracht gezogen werden sollte, wird die Unberechenbarkeit dessen wichtigster Trumpf sein. Abgesehen von der Gefahr eines "preemptive strike" schließen "Unberechenbarkeit" und "Garantie" zugunsten eines Verbündeten eigentlich einander aus. Taktisch-nukleare Interventionsmittel sind wiederum kein Instrument einer "Garantie" im Sinne der Abschreckung. Es sind schlichtweg Mittel der Kriegsführung. Nicht von ungefähr erfolgt ihre tendenzielle Abkopplung vom strategi-

schen Potential parallel zur Einbeziehung des bundesdeutschen Territoriums in die französischen strategischen Konzepte.

Auch können (verhältnismäßig kleine) autonome Potentiale nicht als "Zwischenglied" oder "Transmissionsriemen" zwischen der konventionellen NATO-Kapazität und der nun erhöhten amerikanischen nuklearen Schwelle fungieren. Die Ankopplung ist jeweils eine politische Entscheidung, die sich nicht erzwingen läßt.

Mehr als eine hypothetische, nie abgegebene und nicht abzugebende französische Nukleargarantie für die Bundesrepublik scheint eine Fortsetzung der Verminderung des Nuklearrisikos in Europa den Sicherheitsinteressen der europäischen Staaten entgegenzukommen. Der WEU zufolge besitzt das Bündnis gegenüber dem Warschauer Pakt eine "beträchtliche Überlegenheit auf dem Gebiet der modernen Panzerabwehrwaffen", und ohnehin sind - ebenfalls der WEU zufolge - die sowjetischen Panzerverbände trotz quantitativer Überlegenheit den Bündnisverbänden qualitativ unterlegen. Es gibt also demnach keine Lücke in der konventionellen Verteidigung Westeuropas. Französische first-use-Optionen unterhalb der strategischen Schwelle bringen kein "Mehr" an Sicherheit für die Bundesrepublik. Sie schaffen nur Zonen unterschiedlicher Sicherheit, weil für einen Einsatz von nuklearen Interventionsmitteln in erster Linie das Bundesgebiet in Frage käme.

In einer auf der Grundlage des Nuklearunterschieds basierenden deutsch-französischen verteidigungspolitischen Kooperation kann in der Tat die Bundesrepublik nur die "Glacis-Rolle" spielen, weil die Geographie es gebietet und weil das mit dem Einsatz von Nuklearmitteln verbundene Risiko nur zur Verteidigung der allerwichtigsten Interessen zu tragen ist. Man begehe keinen Selbstmord zugunsten von Dritten, lautete eine gängige gaullistische Kritik an der US-Nukleargarantie. Und nicht nur die Gaullisten haben stets die NATO-Strategie der flexible Erwidernng als verschleierte Abkopplung denunziert. Daß eine Ankopplung Bundesrepublik-Frankreich besser als die erodierte US-Garantie funktionieren sollte, ist eine Illusion. Und auch eine "flexible response à la française" würde nicht vorwiegend Ankopplungselemente beinhalten.

Auch droht im Hinblick auf die europäische Sicherheitspolitik eine zunehmende Abhängigkeit der Bundesrepublik von einer hypothetischen französischen nuklearen Zusatzgarantie den erstarrten Status quo in Europa zu konsolidieren, und zwar gerade in einer Zeit, in der Bewegung in das Ost-West-Verhältnis gekommen ist. Denn Sicherheit in Europa heißt nicht Konfrontation, sondern - zumindest klimatisch - tendenzielle Überwindung der europäischen Teilung. Aus ihrer geographischen Lage her-

aus könnte die wirtschaftlich dynamische Bundesrepublik eine Vermittlungsfunktion im Sinne des KSZE-Prozesses erfüllen. Weil aber Paris glaubt, daß die westeuropäische Gemeinschaft nur solange bestehen kann, wie die deutsche Teilung besteht, und daß wiederum, solange diese besteht, die Bundesrepublik bereit sein könnte, ihre Westbindung zu lockern, um die Teilung zu überwinden, würde eine hypothetische Nukleargarantie zum Disziplinierungsinstrument gegen ein immer wieder heraufbeschworenes "Abdriften" der Bundesrepublik werden. Ein Interessenkonflikt zwischen der Fortsetzung der Ostpolitik und dem Erhalten einer (doch nur hypothetischen) französischen Nukleargarantie würde aber mit Sicherheit nicht nur die Außenpolitik der Bundesrepublik erheblich lähmen, sondern auch dem KSZE-Prozeß Schaden zufügen.

Eine verteidigungspolitische deutsch-französische Kooperation kann nur unter der Prämisse der "gleichen Sicherheit" erfolgen. Dies setzt voraus:

- Einen Verzicht von französischer Seite auf Optionen der "taktischen" Nuklearkriegsführung;
- einen Verzicht auf die eventuelle Stationierung französischer Nuklearwaffen auf deutschem Boden;

einen Verzicht auf first-use-Optionen, weil sie die der französischen Nuklearstrategie inhärente "Unberechenbarkeit" zum untragbaren Risiko für den Verbündeten werden ließe.

Darüber hinaus liegt es im Interesse der Bundesrepublik, daß eine deutsch-französische Zusammenarbeit sich nicht auf die verteidigungspolitische Dimension beschränkt, sondern in eine übergreifende sicherheitspolitische Kooperation eingebettet wird. Die Grundlagen dafür wären:

- Die Bereitschaft Frankreichs, sein taktisch-nukleares Interventionspotential in den Abrüstungsprozeß einzubringen.
- Keine Tabuisierung des französischen strategischen Arsenal im Falle substantieller Abrüstungsfortschritte der Supermächte.
- Ein gemeinsames Eintreten beider Länder für die Abschaffung aller B- und C-Waffen.

Anmerkungen

- 1 S. hierzu M. Tatu, La bataille des Euromissiles, Paris 1983, S. 53
- 2 S. ausführlicher über die Position der französischen Parteien zur NATO-Nachrüstung: D. David/G.-Ph. Halleman, Les partis politiques français et les euro-missiles, in: Défense Nationale, Februar 1981, S. 67-84
- 3 Vgl. E. Weisenfeld, Welches Deutschland soll es sein? München 1986, S. 156
- 4 S. hierzu David/Halleman, a.a.O., S. 71
- 5 S. hierzu E. Weisenfeld, a.a.O., S. 156f.
- 6 S. hierzu: Th. de Montbrial, Sur la politique de sécurité de la France, in: Commentaires, Nr. 40, S. 645-657. J. Chirac hat allerdings dem "concept des deux batailles" eine Absage erteilt. S. hierzu: P. Boniface, La doctrine française à l'épreuve du débat politique, Le Monde diplomatique, Jan. 1987.
- 7 Tatu, a.a.O., S. 55
- 8 Ph. Boone, L'affaire des FNI et l'avenir des négociations stratégiques, in: Défense Nationale, Mai 1984, S. 39
- 9 D. Moisi, La France et la crise des euromissiles, in: Défense Nationale, August/September 1983, S. 44
- 10 Vgl. F.-G. Dreyfus, Pacifisme et neutralisme en Allemagne Fédérale, in: Défense Nationale, Januar 1982, S. 10
- 11 "Die Kirchen und ihre Pastoren werden manipuliert, damit sie die Gläubigen zur Entnuklearisierung und Entmilitarisierung Westdeutschlands aufrufen". Ibid., S. 14
- 12 Le Monde, 20.2.1987
- 13 Le Monde, 3.3.1987, Süddeutsche Zeitung, 5.3.1987, sowie Neue Zürcher Zeitung, 6.3.1987.
- 14 Le Monde, 19./20.4.1987.
- 15 Le Monde, 31.3.1987.
- 16 Interview F. Mitterrand in: Le Nouvel Observateur, 18.12.1987. S. auch: P. Boniface, La doctrine française à l'épreuve du débat politique, in: Le Monde diplomatique, Jan. 1987.
- 17 Le Monde, 5.3.1987, sowie Neue Zürcher Zeitung, 6.3.1987.
- 18 Frankfurter Rundschau, 6.3.1987, Neue Zürcher Zeitung, 6.3.1987, Süddeutsche Zeitung, 12.3.1987.

- 19 Zit. in: P. Boniface, *La doctrine française...* a.a.O.
- 20 Ebenda
- 21 Vgl. *Le Monde*, 6.3.1987 und 5.5.1987
- 22 *Le Monde*, 6.3.1987; *Neue Zürcher Zeitung*, 6.3.1987
- 23 *Le Monde*, 5.6.1987
- 24 Vgl. *Le Monde*, 5.5.1987
- 25 D. Moisi, *L'Europe entre les inconséquences de Reagan et les sourires de Gorbatchev*, in: *Défense Nationale*, Mai 1987, S. 9
- 26 M. Forget, *L'Europe, le piège et le sursaut*, in: *Défense Nationale*, Juni 1987, S. 34
- 27 Vgl. J. Isnard, *La dénucléarisation de l'Europe ne fait pas recette auprès des militaires français*, in: *Le Monde*, 18.4.1987
- 28 Vgl. R. Barre, *Rede vor dem IISS*, in: *Défense Nationale*, Juni 1987, S. 21
- 29 R. Barre und die Republikaner sind allerdings die Verfechter einer Auslegung der französischen Strategie, deren Merkmale als Konzept einer nuklearen Kriegsführung - insbesondere auf Bundesgebiet - nicht zu übersehen sind.
- 30 Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 12.3.1987
- 31 F. Fillon, *Nous n'avons rien à négocier*, in: *Le Monde*, 16.4.1987
- 32 Vgl. *Le Figaro*, 20.1.1988
- 33 Vgl. W. Schütze, *Frankreichs Verteidigungspolitik 1958-1983. Eine Dokumentation*, Frankfurt 1983, S. 7
- 34 Ebenda, S. 13
- 35 Vgl. M. Duverger, *Une défense commune*, in: *Le Monde*, 20.5.1987
- 36 Die Kontroverse verlief zwischen P. Lellouche und G. Robin. Vgl. E. Weisenfeld, *Welches Deutschland soll es sein?*, a.a.O. S. 156
- 37 P. Lellouche, *Réplique à Gabriel Robin*, in: *Le Monde*, 22.1.1983
- 38 G. Fuchs, *Une chance à saisir*, in: *Le Monde*, 14.3.1987
- 39 *Le Monde*, 18.3.1987
- 40 Vgl. J.P. Chevènement, *L'"Option zéro"*, in: *La Lettre de la République Moderne*, Nr. 13, Juni 1987
- 41 Sicherheitspolitische Zielsetzungen der UDF: Vgl. *Cahiers de l'Avenir de la France*, Nr. 6, "Défense Nationale", S. 19

- 42 Das im Mai 1985 vom Stapel gelaufene 6. U-Boot "Inflexible" wurde von vorneherein mit 16 M-4-Raketen bestückt (= 96 Sprengköpfe). Da die fünf vorangegangenen U-Boote jeweils mit 16 (ungemirvten) M-20-Raketen bestückt waren, erhöhte sich damit die gesamte Sprengkopffzahl gegenwärtig von 80 auf 176 Sprengköpfe. Mit Ausnahme des ersten in Dienst gestellten "Redoutable" sollen nun die jeweils 16 M-20-Raketen der übrigen vier vermirvt werden, so daß am Ende des anlaufenden Programms insgesamt 476 Sprengköpfe und mit der Indienststellung des 7. SNLE, 1994, 572 Sprengköpfe vorhanden sein werden. Sollte das M-5-Programm ohne allzu große Verkürzungen und Einschnitte verwirklicht werden, würde sich die Zahl der Sprengköpfe dann verdoppeln.
- 43 Im Beschaffungsgesetz heißt es nun: "Frankreich wird weiterhin über ein prästrategisches Arsenal verfügen, das gleichzeitig durch seinen Wert als letzte Warnung vor dem Einsatz strategischer Nuklearwaffen und durch seine eigene militärische Effizienz charakterisiert ist." Loi de programmation militaire 1987-1991
- 44 Loi de programmation militaire 1987-1991, Nr. 87-342, S. 5649. Verteidigungsminister Giraud hatte in seiner Rede vor dem IHEDN am 12.11.1986 die gleiche Aussage gemacht. Vgl. Défense Nationale, Jan. 1987, S. 21.
- 45 Le Monde, 2.10.1987 sowie Süddeutsche Zeitung, 2.10.1987
- 46 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.5.1987
- 47 Le Figaro, 4.11.1986
- 48 Vgl. J. Klein, Réduction des forces classiques et coopération franco-allemande, in: Le Monde Diplomatique, Jan. 1988.
- 49 A. Giraud, Pressekonferenz vom 17.2.1987
- 50 Premierminister Chirac, lt. Le Monde vom 16.5.1987
- 51 Vgl. Le Monde, 2.10.1987
- 52 Süddeutsche Zeitung, 16.7.1987
- 53 S. B. Guillerez, Défense Nationale, a.a.O.
- 54 Vgl. N. Gnesotto, Union de l'Europe Occidentale: La France, L'Europe, L'Alliance, in: Défense Nationale, Juni 1985, S. 49
- 55 Ibid., S. 49
- 56 Ibid., S. 52
- 57 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 29.4.1987

- 58 Vom "Blankoscheck" an die Amerikaner war z.B. in: Le Monde, 30.4. 1987, die Rede.
- 59 Siehe hierzu: B. Guillerez, Chroniques, in: Défense Nationale, Juni 1987, S. 162f.
- 60 Texte sur la sécurité de l'Europe adopté au Bureau Exécutif du Parti Socialiste le 25 juin 1985. Unveröff. Manuskript.
- 61 Cahiers de l'Avenir de la France, Nr. 6, Défense Nationale, Okt. 1985 (UDF-Position); La Défense de la France-Proposition par le nouveau, juin 1985 (RPR-Position)
- 62 Hierzu P. Boniface, La doctrine française, a.a.O.
- 63 C.-G. Fricaud-Chagnaud, Comment réarticuler sécurité européenne et puissance américaine, in: Le Monde Diplomatique, Feb. 1988.
- 64 Times, 1.10.1987.
- 65 Le Monde, 16.12.1987.
- 66 Schließlich scheint - Pressemitteilungen zufolge - nicht die seegestützte M 5, sondern die Luft-Boden-Rakete ASMP Gegenstand einer bevorstehenden Kooperation zu sein.
- 67 Vgl. Chr. Muguet, Rüstungsindustrie und Kooperationspolitik: Erfahrungen und Reichweite der deutsch-französischen Zusammenarbeit, in: L. Brock/M. Jopp (Hg.), Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Kooperation der Rüstungswirtschaft in Westeuropa, Baden-Baden 1986, S. 129-144
- 68 U. Albrecht, Die rüstungs-technologischen Komponenten des deutsch-französischen Verhältnisses in der Sicherheitspolitik seit Mitte der sechziger Jahre. Kolloquium Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, a.a.O., Unveröff. Manuskript.
- 69 Vgl. Muguet, a.a.O., S. 130
- 70 Ibid, S. 136
- 71 Texte sur la sécurité de l'Europe adopté au bureau exécutif du Parti socialiste, le 25 juin 1985, S. 12
- 72 G. Fuchs, Une chance à saisir, in: Le Monde, 14.3.1987
- 73 Vgl. Le Monde, 21.9.1987
- 74 Ibid.
- 75 S. Cahiers de l'avenir de la France, a.a.O.
- 76 F. Fillon, Nous n'avons rien à négocier, in: Le Monde, 16.4. 1987

- 77 Vgl. J. Chirac, L'Europe doit se faire entendre, in: Le Figaro, 21.9.1987
- 78 Vgl. Zeit-Gespräch mit J.B. Raimond, a.a.O.
- 79 Vgl. SZ, 15.12.1987
- 80 G. Fuchs, Une chance à saisir, a.a.O.
- 81 Vgl. J.P. Chevènement, Il faut une volonté politique franco-allemande, in: Le Monde, 24.9.1987
- 82 A. Fontaine, L'Europe à l'heure zéro, in: Le Monde, 4.3.1987
- 83 Vgl. Fillon, a.a.O.
- 84 Zit. bei Le Monde, 14.3.1987
- 85 Süddeutsche Zeitung, 15.12.1987
- 86 Chevènement beschränkt sich auf die eher vage Formulierung, es sei wichtig, "daß Frankreich gleichzeitig die konventionelle Zusammenarbeit mit Deutschland verstärkt und seine Abschreckungskapazität modernisiert", a.a.O.
- 87 Vgl. G. Fuchs, a.a.O.
- 88 M. Duverger, Une défense commune, in: Le Monde, 20.5.1987
- 89 P. Lellouche, L'Avenir de la guerre, Paris 1985, S. 283
- 90 P. Boniface/F. Heisbourg, La Puce, Les Hommes et la Bombe, Paris 1986, S. 270 ff.
- 91 Le Monde, 14.12.1987 sowie Süddeutsche Zeitung, 14.12.1987
- 92 F. Fillon, a.a.O.
- 93 H. Alphandéry, L'Allemagne, l'option zéro et nous, Le Monde, 20.5.1987
- 94 Vgl. ZEIT-Gespräch mit dem französischen Außenminister J.-B. Raimond, a.a.O.
- 95 Interviews in: die tageszeitung, 28.7.1987
- 96 J. Joffe, Paris wirbt, Bonn wartet, in: Süddeutsche Zeitung, 15.12.1987
- 97 F. Heisbourg, Interview in: Le Nouvel Observateur, 9.-15.10.1987
- 98 R. de Weck, Muß erst eine Schlacht verloren gehen? in: Die Zeit Nr. 40, 25.9.1987
- 99 Ibid.